

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1908**

70 (23.3.1908)

# VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

**Ausgabe** täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage.  
**Abonnementspreis:** Ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pfg., vierteljährlich Mk. 2.25. In der Expedition und in den Ablagen abgeholt, monatlich 65 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt Mk. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht Mk. 2.52 vierteljährlich.

**Redaktion und Expedition:**  
Luisenstraße 24.  
Telefon: 128. — Postzeitungsliste: 8144.  
Sprechstunde der Redaktion: 12—1/2 Uhr.  
Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.

**Inserate:** Die einspaltige, kleine Zeile oder deren Raum 20 Pfg., Total-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vorm. 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 8 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/2 7 Uhr.

Druck und Verlag  
Buchdruckerei Ged & Co., Karlsruhe.

Verantwortlich für den politischen Teil, für Residenz, Rechte Post, Feuileton und Unterh.-Beilage: A. Weismann; für den übrigen Inhalt: Herm. Kadel.

Für den Inseratenteil verantwortlich:  
Karl Ziegler in Karlsruhe.

## Die Arbeitslosenversicherung

auf lokaler Grundlage hat der Minister v. Bodman am vorigen Dienstag gefordert. Sehen wir einmal, wie sich dieses System in Strassburg bewährt hat. Der Gemeinderat der Stadt Strassburg hat im Dezember 1906 die Arbeitslosenversicherung nach Genter System eingerichtet und für die Dauer eines Jahres die Summe von höchstens 5000 Mark bewilligt. Ueber die Erfahrungen des ersten Jahres hat vor kurzem der Beigeordnete Dominicus an den Gemeinderat einen sehr interessanten Bericht erstattet, dessen Inhalt wir etwas eingehender behandeln zu sollen glauben, weil Strassburg bisher die einzige Stadt ist, die mit dem Genter-System der Arbeitslosenversicherung einen Versuch macht.

Durch den ganzen Bericht zieht sich der Gedanke hindurch, daß bei der Anwendung des Genter-Systems zum Gelingen ein gegenseitiges Vertrauen und Zusammenarbeiten der Gewerkschaften mit den Organen der städtischen Verwaltung Vorbedingung sei. Beide Seiten sind sich dieser Tatsache durchaus bewußt gewesen, und insbesondere wurde von den Gewerkschaften betont, daß von dem Gelingen dieses Versuchs nicht nur seine Verbeibehaltung in Strassburg, sondern auch vielleicht seine weitere Verbreitung im deutschen Reiche abhängen. Es beteiligten sich sämtliche Gewerkschaften und Vereine, die zurzeit in Strassburg Arbeitslosenunterstützung gewähren, mit Ausnahme der Gewerkschaft der Transportarbeiter. Die Anmeldung der Arbeitslosen erfolgte auf dem städtischen Arbeitsamt unter Vorlegung eines gewerkschaftlichen Mitgliedsbuches und der Arbeitslosenkarte der Gewerkschaft. Darauf erhielten sie von dem Arbeitsamt eine Kontrollkarte ausgehändigt, die bei der täglichen Meldung beim Arbeitsamt vorzuzeigen war. Gelang es nicht, dem Arbeitslosen Arbeit zuzuwiesen, so wurde von dem Beamten des Arbeitsamtes in der Kontrollkarte der Tagesstempel der Meldung abgedruckt. Für diesen gestempelten Tag erhielt der Arbeitslose vom Kassierer der Gewerkschaft zu der Unterstützung der Gewerkschaft den städtischen Zuschuß auszahlt.

Von den angemeldeten 20 Verbänden haben im Laufe des Jahres 12 an der städtischen Versicherung teilgenommen. Insgesamt wurden für 2618 Tage von der Stadt Unterstützung gezahlt. Davon entfallen 795, oder mehr als ein Viertel, auf die Buchdrucker mit 676 organisierten Mitgliedern, 600 auf die Holzarbeiter mit 672 und nur 498 Unterstützungstage auf die Metallarbeiter mit 1105 Mitgliedern. Die Gesamtsumme der städtischen Unterstützung betrug 1898,35 Mk. Demgegenüber leisteten dieselben 12 Gewerkschaften a u s e i g e n e M i t t e l n , und zwar nur für Ortsunterstützung 7658,54 Mk. Die große Differenz zwischen der gewerkschaftlichen und der städtischen Unterstützung erklärt sich im wesentlichen daraus, daß für die Gewährung des städtischen Zuschusses der einjährige Wohnsitz vorgeschrieben war.

Die drei Hauptbedenken, die gegen die Durchführung der Arbeitslosenunterstützung geltend gemacht werden, die Schwierigkeit der Kontrolle über das Bestehen von Arbeitslosigkeit, und die Schwierigkeit der Kontrolle über die Beendigung der Arbeitslosigkeit durch Zuweisung passender Arbeit wurde in Strassburg durch das vertrauensvolle Zusammenarbeiten des Arbeitsamtes und der Gewerkschaften mit Leichtigkeit überwunden. Der städtische Zuschuß wird nur bei unfreiwilliger Arbeitslosigkeit gewährt, also bei Kündigung durch den Arbeiter nur, wenn ein wichtiger Grund für ihn vorlag. Verstoß gegen die Bestimmungen eines bestehenden Tarifvertrages seitens der Arbeitgeber wurde ohne weiteres als wichtiger Grund anerkannt. Ebenso wurde der städtische Zuschuß gewährt, wenn ein wegen Krankheit Entlassener nach seiner Befundung nicht sofort wieder Arbeit fand. Der Bericht kommt zu dem Ergebnis, daß in einer Stadt von der Größe Strassburgs ein gut eingeführter städtischer Arbeitsnachweis so viele Beziehungen zu Arbeitgebern und Arbeitnehmern hat, daß ihm grobe Täuschungen über den Grund der Arbeitslosigkeit sehr bald zur Kenntnis gelangen. Die Kontrolle über die Arbeitslosigkeit erfolgte durch tägliche Meldung auf dem Arbeitsamte, die allgemein verlangt und mit lebhafter Unterstützung der Gewerkschaftsbeamten gehandhabt wurde. Diese wiesen nicht selten die städtischen Beamten ausdrücklich auf Fälle hin, die ihnen verdächtig waren.

Trotz der eingehenden Kontrolle war es unmöglich, jede auch bloß gelegentliche Arbeit der Arbeitslosen zu verhindern oder festzustellen. Diese Fälle gelegentlicher Nebenschäftigung sind aber auch wenig bedenklich. Wenn es dagegen für den Arbeitslosen möglich wäre, trotz der Kontrolle einen ständigen Erwerb auszuüben, so läge die Sache für eine Arbeitslosenversicherung ungünstig. Nur ein einziger solcher Fall wurde aber festgestellt, der dann den Ausschluß des Betreffenden nicht nur vom städtischen Zuschuß, sondern auch aus seiner Gewerkschaft zur Folge hatte. Auch über die Auslegung des Begriffes: passende Arbeit, kam es zwischen den Gewerkschaften und dem Arbeitsamte sehr bald zum Einverständnis. Die Arbeit mußte Arbeit im Verufe sein, gelerntem Arbeitern wurde also grundsätzlich nicht die Annahme von Tagelöhnerarbeit zugemutet. Ebenso wurde daran festgehalten, daß, wenn an einem Orte ein Tarifvertrag statthand, keinem arbeitslosen Versicherten zugemutet wurde, eine nicht tariflich bezahlte Stelle anzunehmen. Mit Recht hebt der Bericht hervor, daß es ein Übel wäre, wenn an einem Orte wie Strassburg, wo die meisten Tarife unter Mitwirkung des Bürgermeisters abgeschlossen sind, eine städtische Dienststelle wie das Arbeitsamt durch eine andere Praxis der Zuweisung Arbeitsloser zur Durchbrechung des Tarifs beitragen würde.

Schwieriger lag die Frage bei solchen Arbeitslosen, die eigentlich keinem gelerntem Berufe angehören, wie den Buchdruckereihilfsarbeitern, Parkettgehoblern usw. Auch hier wurde von denen nicht sofort der Uebergang zu einer Beschäftigung verlangt. Es wurde aber vom Arbeitsamt im Verein mit den Gewerkschaften auf die Annahme anderer Arbeit dann hingewirkt, wenn nach Lage des Arbeitsmarktes in ihrem Berufe die Zuweisung von Arbeit in ihrer Branche für längere Zeit mit Bestimmtheit unmöglich erschien. Die Zuweisung der Bedingen in Arbeit nach auswärts führte hin und wieder zu Meinungsverschiedenheiten zwischen Gewerkschaften und Arbeitsamt, da sich die Gewerkschaften daran stießen, daß auswärts niedrigere Löhne als in Strassburg gezahlt wurden. Um Streitigkeiten zu vermeiden, wurde die besonders sorgfältige vorherige Einholung der Lohn- und Arbeitsbedingungen von den auswärtigen Arbeitgebern verlangt, und auf Grund dieses Materials dann entschieden, ob der Arbeitslose dann die Stelle annehmen müsse. Auf diese Weise gelang es, die wenigen Zweifelsfälle zu regeln. Die drei Hauptbedenken der Theorie gegen die Arbeitslosenversicherung, so schließt der Bericht dieses Kapitel, die Schwierigkeit der Kontrolle des Grundes, der Dauer und der Beendigung der Arbeitslosigkeit haben sich also in dem ersten Jahre der Strassburger Einrichtung nicht als stichhaltig erwiesen.

Wie bereits erwähnt, wird der städtische Zuschuß nur an solche Arbeitslose gezahlt, die seit mindestens einem Jahr in Strassburg wohnhaft sind. Jede solche Vorschrift des längeren Wohnens als Voraussetzung für städtische Leistungen ist, wie der Bericht zutreffend hervorhebt, zweischneidig, und wurde daher in der Praxis sehr liberal ausgelegt, namentlich wenn es sich um die Unterbrechung durch vorübergehende Arbeit außerhalb Strassburgs handelte.

Hat nun die Einrichtung ihren Zweck, die Milderung der Folgen der Arbeitslosigkeit für die Gelernten, in Strassburg aber anfassigen Arbeiter erreicht? Darauf gibt der Bericht die folgende Antwort: Rund 25 Proz. der in Frage kommenden Arbeiter haben als Mitglieder von Verbänden Anspruch auf städtische Unterstützung, für dieses Viertel ist also mit Erfolg gesorgt. Ein direktes Wachsen der beteiligten Gewerkschaften infolge der Einrichtung der Versicherung ist aber nicht eingetreten. Sie hat höchstens die Wirkung gehabt, bereits vorhandene Mitglieder bei den Gewerkschaften festzuhalten. Sehr wertvoll ist dagegen die Einwirkung, die die Versicherungseinrichtung auf den städtischen Arbeitsnachweis gehabt hat. Durch die organische Verbindung, in die dieser durch die Versicherung mit den Gewerkschaften gebracht wurde, wurde ein neues, Bindeglied zwischen diesen und dem Arbeitsamt geschaffen. Die Gewerkschaftler gewöhnten sich, das Arbeitsamt zu benutzen, und da sie meistens die tüchtigsten Elemente repräsentieren, so ergab sich daraus von selber eine stärkere Inanspruchnahme durch Arbeitgeber. Ganz besonderen Wert legt dann weiter der Bericht auf die allgemeine sozialpolitische Bedeutung dieser Verbindung der Gewerkschaften

mit der öffentlichen Behörde. Er begrüßt es mit Freuden, daß die Arbeiterchaft und die städtische Beamtenchaft dadurch zum ständigen Zusammenarbeiten und zum besseren Verstehenlernen veranlaßt wurden. Daraus entwickelte sich auch das Vertrauen von Stadt und Gewerkschaften in die gegenseitige loyale Durchführung der Verwaltung.

Von einer Ueberschätzung der Bedeutung der Strassburger Einrichtung hält sich der Bericht erfreulichweise fern. Handelt es sich doch selbstverständlich bei ihr nur um die Lösung eines Teils des ganzen Arbeitslosenproblems. Das ganze Heer der Ungelernten ist von dieser Art Versicherung ausgeschlossen. Für sie sind aber auch — und darin stimmen wir dem Berichte zu — Notstandsarbeiten oder besser gesagt, Winterarbeiten, die bessere und richtigere Hilfe. Gelernten Arbeitern kann aber in der heutigen Wirtschaftsordnung passende Berufsarbeit im Falle der Arbeitslosigkeit nur in Ausnahmefällen zugewiesen werden. Für sie bleibt nur die Geldunterstützung übrig. Leider kommt die Versicherung gleichfalls nur einem Bruchteil dieser Arbeiter, den organisierten, zugute, da es den Gemeinden an der rechtlichen Befugnis, Zwang gegen die Unorganisierten auszuüben, fehlt. Wir stimmen dem Berichte darin zu, daß zurzeit das Fehlen dieses Zwanges noch kein Fehler ist. Auf dem schwierigen Gebiete der Arbeitslosenversicherung muß zunächst von den gewerkschaftlichen Organisationen in Verbindung mit den Kommunen die nötige Pionierarbeit geleistet, die Erfahrungen gesammelt werden, auf Grund deren man zu einer obligatorischen Versicherung in weiterem Rahmen gelangen kann.

Die Strassburger Erfahrungen sollen unseren Vertretern auf den Rathhäusern und unsern gewerkschaftlichen Organisationen den Ansporn geben, überall in den Kommunen ein ähnliches Vorgehen mit aller Entschiedenheit zu fordern.

## Deutsche Politik.

### Der verfuntene Reichstag.

Seit Donnerstag Nachmittag gibt es keinen Deutschen Reichstag mehr. Allerdings behaupten Forscher, die über das Brandenburger Tor hinaus und den großen Marmorbruch im Tiergarten vorgeedrungen sind, ein großes Haus vorgefunden zu haben, in dessen Innern eine Versammlung Neben halten und Beschlüsse fassen soll — doch ist über diese geheimnisvolle Sache absolut nichts Näheres zu erfahren. Beginn und Schluß der Sitzung, Gegenstand der Tagesordnung, die Liste der Redner, schon gar ihre Ausführungen, das alles ist in undurchdringliches Geheimnis gehüllt. Nur wenigen ist davon etwas bekannt. . . Für die große Öffentlichkeit von Memel bis Konstanz und von Berlin bis San Franzisko hat der Reichstag zu existieren aufgehört; er ist mit dreihundertfiebenundneunzig Mann in die Verenkung verschwunden bis an die echtvergoldete Kuppelspitze. Weg ist er!

Man kann es den Journalisten nicht verübeln, daß sie dieses höchste Kunststück der Theatermeisterei vollbrachten. Das Parlament ist ein höchwichtiger Faktor des öffentlichen Lebens, aber nicht minder bedeutungsvoll und wichtig ist die Presse. Ihre Vertreter haben es nicht nötig, sich als „Saubengel“ beschimpfen zu lassen. Respekt verschafft man sich aber nur, indem man seine Macht zeigt, das weiß die Arbeiterklasse aus eigener Erfahrung. Die Journalisten zeigten ihre Macht, indem sie ihre Berichterstattung über den Reichstag einstellten, und der Körperchaft, aus deren Mitte sie beleidigt worden waren, ohne Genugtuung dafür erhalten zu haben, die Spalten der Presse sperren. Durch die Anwendung dieses drastischen Mittels hat die Presse dem Parlament gezeigt, daß es nichts ist ohne sie. Ein Parlament, von dessen Laten die Zeitungen nichts zu melden wissen, wäre im wahren Sinne des Wortes eine „chambre introuvable“, eine Volksvertretung, von der das Volk nichts weiß. Allerdings gebietet die Gerechtigkeit, hinzuzufügen, daß auch die Presse nichts wäre ohne den Parlamentarismus.

Es wäre erfreulich, wenn der tragikomische Zwischenfall, durch den sich der Reichstag aus der Welt der Lebendigen zeitweilig ausschaltete, dazu beitragen würde, das Verständnis für die Zusammengehörigkeit des Parlaments und der Presse zu festigen und in beiden das Gefühl der eigenen Würde zu erhöhen. Es wäre wünschenswert, daß die Presse auch anderen Leuten ihre Macht zeigte als den Volksvertretern und insbesondere Herrn Gröber und dem Zentrum, gegen die entschieden aufzutreten unter den augenblicklichen Umständen ja kein Uebermaß von Geldemut erfordert. Dieselbe bürgerliche Presse, die mit Herrn Gröber so energisch umspringen versteht, löst sich von Leuten, die an Wissen und sittlichen Qualitäten weit

unter Herrn Gröber stehen, von einem Bülow und anderen preussischen Ministern wie der letzte offe Stiefelputzer behandeln. Und derselbe Reichstag, der es bisher überflüssig gefunden hat, den „Saubengel“ von der Journalistentribüne Gemütsung zu gewähren, hat kein Mittel der Abwehr gefunden, als er selber von anderer Stelle mit Titulationen wie „waterlandslozes Gesindel“, „Vande“, „Peris“ belegt worden war.

Wie gesagt, es wäre sehr erfreulich, wenn Parlament und Presse nach den Erfahrungen dieses Krieges untereinander Frieden schließen wollten auf der Grundlage, daß sie fortan gemeinsam ihre Würde gegen alle Angriffe von außen verteidigen wollten. Es ist gesagt worden, Kaiser und Reichstag gehörten zusammen, weil sie an einem Tage geboren wurden. Es gibt Länder mit Parlamenten, in denen es keine Kaiser gibt, aber ein Widerpruch in sich selbst ist eine Volksvertretung ohne Pressefreiheit. Pressefreiheit und Repräsentationsystem sind nicht durch Zufall, sondern aus Notwendigkeit an einem Tage geboren worden, nämlich am 18. März 1848.

Wenn es ernst ist mit der Erhaltung der Volksrechte, die im Bestande und der Stellung des Reichstags ihren Ausdruck finden, wird die Grundlage, auf der die Volksvertretung ruht, die Presse, zu würdigen wissen. Die Presse veranlaßt das Parlament in den Fundamenten der Volksmasse, ohne sie würde der Reichstag durch fremde Macht tiefer sinken, als er in diesen Tagen versunken ist.

**Fürsliches, Aufwärtsführendes.**

Als Strahburg schreibt man der „Frank. Tagespost“: Nachdem sich die Öffentlichkeit einigermaßen über die nicht gezahlte Erbschaftsteuer des Fürsten Sodenlohe-Rangenburg zu beruhigen beginnt, wird die Geschichte von den Steuern, die der Kaiser nicht bezahlt hat, immer brenzlicher. Die französische Gesetzgebung, die zum Reinwaschen der unglücklichen Geschichte herangezogen wird, fällt in die Zeit der entstehenden und geborenen französischen Republik, der Revolution. Das hatten sich die Häupter der Revolution von 1779 nicht träumen lassen: eine weise preussische Staatsverwaltung legt ihre Gesetze so aus, daß ein Privileg des Königs von Preußen daraus wird!

Die Rechtslage ist nämlich diese: Es gibt und gilt tatsächlich ein Gesetz vom 22. Frimaire des Jahres VII (der großen Revolution). Dieses Gesetz setzt die Höhe der liegenschaftlichen Landänderungsgebühren auf 4 Prozent fest; später trat eine Erhöhung auf 5 1/2 Prozent ein. Steuerfrei war nur der Erwerb, den die Republik d. h. der Staat machte. Dahr war es Pflicht des Notars, der die Beurkundung des Ankaufs von Urville aufnahm, entsprechende Mitteilungen der Verkehrssteuerbehörde zu machen. Das geschah nicht! Es wurden einfach keine Steuern bezahlt. Allerdings gab das Verkehrssteuergesetz vom 14. November 1904 dem Kaiser eine besondere Stellung. Aber das kommt hier gar nicht in Frage! Denn der Kauf des Schlosses Urville geschah vor dem Jahre 1904. Es gibt also nicht die mindeste Entschuldigung, nicht die mindeste Rechtfertigung für die — seltsame — Geschichte. Nun zerbricht man sich den Kopf, wo eigentlich der wahre Sünder steckt, in Berlin oder in Strahburg. Dazu vergeichen wir — berichtend — eine Aeußerung, die der Reichstags- und Landesausschuhabgeordnete Wetterle (ek. Zentrum) in seinem Blatt „Journal de Colmar“ macht. Er erzählt, das Hofmarschallamt habe beim Ministerium in Strahburg angefragt und habe die Antwort erhalten, daß die Steuer nicht bezahlt werden braucht. Die reichslandische Regierung hat sich bisher nicht geäußert.

Während jedoch noch heiß debattiert wird, ist eine neue Frage aufgeworfen worden. Bekanntlich hat vor einigen Jahren die Stadt Schlettstadt dem deutschen Kaiser die Hohkönigsburg geschenkt. Die Ruine machte der Stadt Kosten, ohne etwas einzubringen und es stand zu erwarten, daß die Burg auf diese Weise auf fremde Kosten restauriert würde. Die Restaurierung, die nicht jedem geschmackvoll erscheint, hat allerdings nicht dem Reich, aber dem Land und Reich bedeutende Kosten verursacht. Nun stellen ganz Neugierige die Frage: Sind denn bei der Schenkung

der Hohkönigsburg die neun Prozent Uebergangsteuer gezahlt worden? Die Neugierigen sind bis jetzt ohne Antwort geblieben. All dieses und noch vieles andere wird wohl im Landesausschuh zur Sprache kommen.

**Ueber die Ausgaben der Armenpflege in einigen größeren Städten**

entnehmen wir die folgenden auf das Jahr 1905 bezüglichen Mitteilungen einer Veröffentlichung des Statistischen Amtes der Stadt München. Eine Vergleichung der Hiffern kann infolge der verschiedenen gesetzlichen Grundlagen der Armenpflege und des Einflusses von Richtungen allerdings nur mit einem gewissen Vorbehalt aufgenommen werden.

Stadt	Einwohner 1904/05	Ausgaben insgesamt	pro Kopf d. Einw.	auf 100 Einw. kommen
Berlin	2 010 826	10 108 252	5,02	2,5
Hamburg	802 870	1 962 004	2,44	2,4
München	529 000	2 176 073	4,08	2,7
Leipzig	507 692	910 026	1,79	0,7
Wien	427 000	685 520	1,60	1,4
Frankfurt a. M.	334 000	885 711	2,65	2,2
Düsseldorf	249 700	539 172	2,16	2,8
Chemnitz	244 405	205 374	0,84	—
Stettin	224 078	373 712	1,67	—
Bremen	200 679	485 918	2,08	—
Mannheim	162 807	254 385	1,54	1,9
Mainz	83 181	144 861	1,74	1,2
Donaubrad	59 890	55 323	0,93	—

Die auf den Kopf der Einwohner entfallenden Ausgaben für Armenpflege sind also in Berlin mit 5,02 M. bei weitem am größten. Es folgt München mit 4,08 M. und dann erst in weitem Abstand die übrigen Städte. Auch ergeben sich die höheren Ausgaben Berlins nicht etwa nur aus einem höheren Prozentsatz der zu Unterstühenden. Dieser Prozentsatz ist in Düsseldorf z. B. noch höher, in Hamburg fast ebenso groß; trotzdem sind die dort auf den Kopf der Bevölkerung fallenden Ausgaben noch nicht halb so hoch wie in Berlin. Den Schluß der Reihe bilden Osnabrück mit 0,93 und Chemnitz mit nur 0,84 M. Armenausgaben pro Kopf der Bevölkerung.

**Konfessionelle Frankenhäuser.** In der Nähe von Großlangheim in Unterfranken verunglückte kürzlich der Rutscher Johann Müller dadurch, daß er von seinem schwer beladenen Fuhrwerk herabgeschleudert und überfahren wurde. Dabei wurde ihm der Brustkorb eingedrückt, einige Rippen gebrochen usw. Der Verunglückte wurde in das Spital nach Großlangheim gebracht, wo man seine Aufnahme verweigerte, weil er protestantisch sei und in das Spital nach Kitzingen gehöre. Er wurde nun auf einen Düngrwagen gebettet und unter schrecklichem Jammern und Weinen nach Kitzingen geschafft, wo er nach 3 qualvollen Stunden anam und am darauffolgenden Tage an den Folgen des Unfalls starb. Den Kommentar zu dieser Geschichte kann sich der Leser selber machen.

**Rusland.**

**Frankreich.**

**Die Altersversicherung.** Der Arbeitsminister Viviani teilte dem Obmann der sozialistisch-radikalen Gruppe mit, daß die Regierung dadurch, daß sie die kleinen Wächter und die bäuerlichen Dienstboten von der Zahl der Teilnehmer an der Arbeiterpension ausgeschlossen hat, die Zahl dieser Teilnehmer von 2 200 000 auf 1 300 000 ermäßigt habe. Das pensionsberechtigende Alter sei auf 65 Jahre erhöht worden, so daß ein Staatsbeitrag von ungefähr 100 Mill. Franc genügen würde. Die radikal-sozialistische Fraktion hat beschlossen, gegen die Absicht der Regierung, die ländlichen Arbeiter von der Altersversicherung auszuschließen, Stellung zu nehmen. Die Sozialdemokraten lehnen diese Verschlechterung gleichfalls auf das entschiedenste ab.

**England.**

Keir Hardie, der Führer der englischen Arbeiterpartei, trifft heute Montag nach einer Rundreise um die Welt wieder in England ein. Er verließ am 18. Juli 1907 seine Heimat, um durch eine längere Reise seine heruntergekommene

Gesundheit zu stärken. Zunächst besuchte er Kanada, segelte von dort nach Japan, sodann besuchte er Indien, Australien und schließlich die südafrikanischen Republiken und die Kapkolonien. Von Kapstadt aus trat er dann den Rückweg nach England an. Keir Hardie hat seinen Aufenthalt in den überseeischen Ländern fleißig dazu benützt, die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Verhältnisse derselben zu studieren. Ueber die englische Regierung in Indien hat er bereits eine Anzahl Artikel im „Labour Reader“ veröffentlicht.

**Badischer Landtag.**

**Zweite Kammer.**

**Gewerbe- und Fabrikinspektion.**

In der Samstagssitzung kamen von den 23 auf der Rednerliste vorgemerkten Abgeordneten ganze drei zum Wort. Herr Rebmann, der Spezialist der national-liberalen Fraktion auf dem Gebiete der sozialen Fragen, ging des näheren auf die Schäden der Heimarbeit ein und befristete die Einführung einer staatlichen Arbeitslosenversicherung. Die Kohlennot zwinge zur Vertaatslichung der Kohlenproduktion. In diesen Fragen habe sich ein Wandel der Anschauungen vollzogen. Herr Rebmann hätte hinzufügen sollen, daß die soziale und ökonomische Entwicklung beim Staatssozialismus nicht Halt macht. Der Staatssozialismus kann, wenn er nicht unter der Kontrolle der politischen Demokratie steht, ebenso gefährlich unter Umständen sogar noch gefährlicher sein, als das privatkapitalistische Monopol.

Eine geschäftige Rede hielt Herr Belzer, der Arbeiterabgeordnete des Zentrums. Als Arbeitervertreter glaube er nichts Gescheiteres tun zu können, als den „Terrorismus“ der freien Gewerkschaften auf Grund einer der bekannten „christlichen“ Lügenbrotschüren in den schwarzen Farben zu schildern. Nach echter Waldmichelmethode verschweigt Herr Belzer aber die „Selbstentaten“ seiner eigenen Gewinnungsgenossen. Auch macht es ihm weiter keine Gewissensbisse, längst widerlegte Lügen immer wieder gegen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften auszuspielen. Die Antwort wird Herr Belzer in der Kammer selbst bekommen und zwar eine recht gründliche Antwort.

Herr Wittum spendete dem „Ministerium der Wohlfahrt“ reiches Lob, wofür ihm Minister v. Bodman wärmstens Dank aussprach. Der Minister anerkannte die Tätigkeit der Arbeitersekretäre, soweit sie objektiv sind. Auch die Minister sind nicht immer objektiv, zumal, wenn sie sich mit der Sozialdemokratie beschäftigen.

Am Montag wird die Debatte fortgesetzt. Sie dürfte noch die ganze Woche beanspruchen.

(61. Sitzung.)

**Karlsruhe, 21. März.**

Vizepräsident Dr. Wülkens eröffnete 10 Uhr die Sitzung. Am Regierungstisch: Minister v. Bodman und Kommissäre.

Sekretär Müller gibt die Einläufe bekannt, worauf das Haus die Beratung über das

**Gewerbebudget**

fortsetzt.

Hg. Rebmann (natl.): Die Lage der Heimindustrie ist schimmer, als es zunächst den Anschein hatte. Dies bestätigt die gründliche Arbeit der Fabrikinspektion. Die Löhne sind äußerst niedrig, die Arbeitsbedingungen unsicher, die Gesundheitsverhältnisse nicht zum besten bestellt. Die Hausindustrie kurzweg zu verbieten, hieße das Kind mit dem Bade ausschütten. Ich bitte die Regierung, die bestehenden Gesetze und Verordnungen, die sich auf die Heimarbeit beziehen, mit aller Strenge durchzuführen und entsprechende Maßnahmen des Bundesrats zu unterstützen. Das gewerbliche Schulwesen habe erfreuliche Fortschritte gemacht. Die Arbeitslosenversicherung sei mit allen Mitteln zu erstreben. Doch ist die Frage noch nicht pruchreif, es bedarf noch weiteren Materials. Mit der Lokalen Versicherung können wir uns nicht einverstanden erklären. Die Ar-

**Zwischen den Zelten.**

Kriminalroman von Friedrich Thieme.

(Nachdruck verboten.)

**(Fortsetzung.)**

„Die Spur führte nach Niederoltra — ich bin seit gestern Nachmittag als Viehhändler Seidels von einem Gut zum andern gelaufen. Polz in Oltra hat die Kuh, ich dachte es mir gleich. Ich habe sie erstanden — die Abholung lassen Sie durch die Gendarmarie besorgen, die ihm auch den Kaufpreis auszahlen soll.“

„Dravo“, befandete der Vorgesetzte seinen Beifall. „Sie sind unbezahlbar, Franke. Und das Beste ist, daß nur wenige wissen, daß Sie überhaupt im Solde der Kriminalpolizei stehen — Sie gelten allgemein als Schreiber hier, der mit der Vigilanz gar nichts zu tun hat.“

„Ein Geheimpolizist, den das Publikum kennt, hat aufgehört, einer zu sein.“ entgegnete Franke selbstzufrieden, indem er den schwarzen Vollerbart ablößte und die Brille in die Tasche steckte. „Sie haben einen neuen Auftrag für mich, Herr Kommissar?“

„So ist es, lieber Franke. Es betrifft den grausigen Mord auf dem Schützenplatze, von dem Sie wohl bereits gehört haben?“

„Es wird ja von weiter nichts gesprochen.“

„Sie sollen allen Ihren Scharfsinn daran setzen, eine Person zu ermitteln, die unter der Bezeichnung: „die blaue Dame“ in der Untersuchung vorkommt. Sie ist, wenn sie nicht selbst die Täterin ist, doch dringend verdächtig, in das Verbrechen irgendwie verwickelt zu sein, mindestens ist ihre Gegenwart notwendig zur Aufklärung verschiedener wichtiger Details. Doch müssen Sie Ihre Recherchen möglichst geheim betreiben, damit die Dame nicht gewarnt wird und sich von hier entfernt, vorausgesetzt, daß sie das nicht bereits getan hat.“

„Ist es eine Einheimische?“

„Wohl kaum, da niemand sie zu kennen scheint — außer einer, die aber, wie mir soeben Assessor Krüger mitteilte, jede Aufklärung verweigert.“ Und der Kommissar berichtete ausführlich über den Fall und alle bisher unternommenen Schritte.

Aufmerksam lauschte der Detektiv, dann fragte er: „Der Ermordete trug also keine Brieftasche bei sich?“

„Nein, aber er hat eine besessen, deren Inhalt für ihn höchst wertvoll gewesen sein muß. Vermutlich hat die Täterin sie entwendet.“

Der Geheimpolizist nickte. „Nicht vermutlich, sondern mit Bestimmtheit. Die Brieftasche enthält wahrscheinlich das Dokument, für dessen Besitz sie die tausend Mark und noch mehr opferte. Entweder verweigerte der Tote auch jetzt noch die Herausgabe und suchte noch mehr Geld zu erpressen oder die Mörderin fürchtete seine Mitwisserschaft. Bei der verhafteten Klavierpielerin ist nichts Gravireres gefunden worden?“

„Nein, gar nichts. Hier ist das Signalement der blauen Dame, soweit sich daselbe feststellen ließ — prägen Sie es sich genau ein.“

Franke las die Beschreibung aufmerksam durch und barg das Blatt sorgfältig in seinem Notizbuch.

„Natürlich werden wir auch sonst die nötigen Schritte nicht veräumen.“ fuhr der Kommissar fort. „Ich telephoniere an die Bahnhöfe der Stadt und Umgebung, auch erhalten die Schutzmannschaften entsprechende Anweisungen.“

„Ist schon in den Hotels und Gasthöfen nachgefragt worden?“

„Ja, aber ohne Erfolg. Und das eben drängt mich die Gemüthlichkeit auf, daß die Dame ihren Wohnsitz in der Stadt hat. Ich vermute, der Komiker hat sie zufällig hier wiedergetroffen und die Kenntnis irgend eines Umstandes aus ihrer Vergangenheit zu Erpressungszwecken ausgenutzt.“

„Wohl möglich. Wo wohnte der Ermordete?“

„Im Gasthof zum Hirsch.“

Der Geheimpolizist notierte sich die Adresse. „Die Leiche befindet sich hier?“

„Nein, im Gerichtsgebäude.“

„Werde mir sie einmal ansehen. Wer weiß, wozu es dienen kann. Das blaue Kleid wird die Signora jedenfalls abgelegt haben.“

„Das ist anzunehmen.“

„Wenn sie aber nicht mehr in der Stadt ist —“

„So folgen Sie ihren Spuren. Im Notfall müssen wir einen Steckbrief erlassen.“

„Wie heißt der Herr, von dem Sie erwähnten, daß er die blaue Dame auch gesehen hat?“

„Leo von Krufzig, ein junger Architekt, der sich seit kurzem hier aufhält.“

„Wo wohnt er?“

„Er muß im „Weißen Hof“ abgetragten sein oder wenigstens dort zu Mittag essen — ich sah ihn schon ein paar mal herauskommen.“

Franke schickte sich zum Gehen an. „Es ist eine alte Erfahrung, daß es den Mörder mit magischer Kraft nach dem Schauplatz seiner Handlung zurückzieht.“ bedeutete ihm der Kommissar, als er bereits die Türschwelle in der Hand hatte. „Bleibt, leicht ist es vorzuziehen, diesen Umstand mit zu berücksichtigen.“

Der Detektiv schüttelte mit geringfügigem Nadeln den Kopf.

„Überglauze“, replizierte er. „Einer schwört es dem andern nach, in Wahrheit hat noch niemand die Behauptung einer solchen Prüfung unterzogen. Ich wette, eine Statistik würde das Gegenteil ergeben oder wenigstens beweisen, daß ebenso viele Mörder aus Klugheit oder Schen den Ort ihres Verbrechens meiden, als welche ihn wieder besuchen, nicht weil es sie mit magischer Gewalt hingieht, sondern um irgend einen Zweck zu erreichen oder zu spionieren. Die Mörder, mit denen ich bisher zu tun gehabt, waren meist bemüht, so schnell wie möglich zwischen sich und der Mordstätte eine ansehnliche Abzweigung zu pflanzen. Die moderne Kriminalwissenschaft sollte endlich einmal mit deraartigen unbegründeten Ueberlieferungen aufhören.“

Franke begab sich darauf nach seinem eigenen Zimmer, das eher einem Erdelladen als einem Bureau glich. Neben aller Art, Warte, Kiste, Mäßen und Waffen hingen und lagen umher, eine Anzahl Stühle und Stöcke fanden in den Ecken. Der Detektiv wusch und rasierte sich in großer Eile, um dann und gar die Reste des Viehhändlers abzuwerfen. In seinem natürlichen Zustande glich er einem Schauspieler mit etwas blaffen, aber interessanten Gesicht; im besten Mannesalter stehend und von Mittelgröße, eignete er sich zur Nachahmung jeder Rolle, die sein aufregender und gefährlicher Beruf ihm zubilligte.

(Fortsetzung folgt.)

beitslosenversicherung muß auf paritätischer Grundlage aufgebaut werden im Anschluß an die Arbeitsvermittlung. Bezüglich der Arbeitskammer hofft Redner, daß aus dem vorliegenden Entwurf noch etwas Brauchbares gemacht wird. Hinsichtlich des Wahlmodus hat sich der Minister gleich auf den radikalsten Standpunkt gestellt. Wir freuen uns aber darüber, daß sich der Minister des Innern so freimütig und weitläufig auf den Standpunkt des Fortschritts stellt. Die Kohlennot sei in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß die Kohlenproduktion und die Einfuhr nicht genügt. Ich betrachte jeden Bagen Kohlen, der über die Grenze geht, als ein Unglück. Eine Wohltat dagegen ist jeder Bagen Kohlen, der hereingeführt wird. Redner tritt für das Kohlenmonopol durch den Staat ein. Die Verstaatlichung der Wasserkräfte steht in engem inneren Zusammenhang damit. (Beifall.)

Abg. Völscher (Zentr.) begrüßt die Vermehrung der Stellen in der Fabrikinspektion, doch sollte man auch praktische Arbeiter anstellen. Manche Fragen (Arbeiterkassen, Arbeitervereine) würden dann eine bessere Beurteilung erfahren können, als es jetzt der Fall war. Die Revisionsbeamten sollten sich mehr mit den Arbeitern abgeben. Der Terrorismus der sozialdemokratischen Organisationen lasse empfindlicher auf der Arbeiterschaft als der Druck seitens der Unternehmer. Redner führt zum Beweise eine Reihe von Fällen an, wonach christliche Arbeiter terrorisiert wurden. Er verliest Urteile wegen Mißhandlung von Arbeitern, die nicht-sozialdemokratischer Gesinnung waren. Der Proporz sollte bei allen sozialen Basen eingeführt werden. Der Entwurf betr. die Arbeitskammer sei in seiner jetzigen Gestalt für die Arbeiterschaft unannehmbar. Der Gedanke, den Frieden zwischen Arbeitgeber und Arbeiter zu fördern, sei gut, doch läßt er sich durch die vorliegenden Paragraphen nicht verwirklichen. Ob der Weg zu Arbeiterkammern direkt oder über die Arbeitskammern eingeschlagen werden soll, ist mir einerlei. Die Hauptsache ist die, daß etwas Brauchbares gemacht wird.

Das Wahlrecht sei der beste Punkt im ganzen Entwurf. Jeder Arbeiter muß wahlberechtigt sein. Das beste Mittel gegen die Arbeitslosigkeit sei die staatliche Arbeitslosenversicherung. Die ungenügende Beförderung von Arbeitslosen auf den Eisenbahnen nach Plätzen, wo sich Arbeitsgelegenheit bietet, sei ebenfalls zu empfehlen. Bei staatlichen Bauten sollten möglichst nur deutsche Arbeiter beschäftigt werden. Völscher bringt eine Bitte des christlichen Schneiderverbandes vor, wonach die Vergütung von Dienstleistungen nicht an Firmen erfolgen soll, die niedere Angebote einreichen. Der Heimarbeiter sollte die Regierung nach Möglichkeit an die Hand gehen. Redner tritt für Einführung des Normalarbeitstages ein, mindestens müsse jetzt die Arbeitszeit der Frauen reichsgesetzlich geregelt werden. (Beifall.)

Vizepräsident Dr. Wildens rügt nachträglich einen Zwischenruf des Abg. Kramer.

Abg. Wittum (natl.) gibt namens seiner Fraktion der Genehmigung darüber Ausdruck, daß zu diesen Beratungen auch der Vorstand der Fabrikinspektion zugezogen wurde. Es wäre interessant, zu erfahren, welche Aufnahme die wertvolle Arbeit über die Hausindustrie bei den verschiedenen Erwerbszweigen gefunden hat. Redner erhebt die Frage, ob sich nicht ein größerer schriftlicher Verkehr zwischen Fabrikinspektion und Gewerbetreibenden ermöglichen läßt. Im Interesse eines ruhigen Arbeitens sei eine genügende Besetzung der Fabrikinspektion unbedingt erforderlich. Den anerkennenden Worten, welche der Berichterstatter der gewerbepolitischen Haltung des Ministeriums geäußert hat, schließen wir uns gerne an, ebenso dem Danke für das Wirken des früheren Ministers Schenkel und der verstorbenen Männer Braun und Mattenklott. Auch eines anderen Mannes möchte ich gedenken, des Geheimrats Gustav von Stöffer, der sich besonders um die Arbeiterbildungsvereine verdient gemacht hat. Redner neigt mehr Arbeitssammern zu. Er führt des weiteren aus, daß der Minister des Innern infolge seines konzilianten Wesens und der Vermeidung sogen. Geistesreichheiten bei seinen Reden von Tag zu Tag gewonnen hat, selbst in sozialdemokratischen Kreisen. Wir können ihm dazu nur gratulieren. (Allgemeiner Beifall.)

Minister v. Bohman dankt für dieses Maß von Anerkennung. Er spricht weiter seinen Dank aus für die Anerkennung, die dem Ministerium des Innern im allgemeinen gezollt wurde. Dem Lob über die Arbeiterkretäre, soweit sie objektiv sind, schließt ich mich an. Mit Errichtung der Handwerkskammern sei frisches Leben im Gewerbe eingezogen. In der Förderung des Handwerks, besonders in der Lehrlingsfrage, sind die richtigen Wege gefunden worden. Es ist der Standpunkt der verbündeten Regierungen, daß der kleine Befähigungsnachweis nicht eine Abschlagszahlung sein soll, sondern der Abschluß der Bestrebungen der Handwerker. Ich freue mich, daß der Abg. Völscher so klar und mutig den Standpunkt eines christlichen und nationalen Arbeiters vertreten hat. Die Arbeitslosenversicherung müsse großzügig gestaltet werden. Mit dem Abg. Rehmann bin ich der Ansicht, daß dies von Reichs wegen geschehen müsse. Die Arbeitslosenversicherung ist zunächst Sache der Arbeiter selbst, doch schließt dies nicht aus, daß der Staat dieselbe unterstützen muß. Der Minister konstatiert die Tatsache, daß auch Handelskammern der Industriegegenstände des Rheinlandes sich für reine Arbeiterkammern ausgesprochen haben. Praktische Arbeiter wirken bereits bei den Revisionen der Fabrikinspektionen mit.

Nächste Sitzung Montag 4 Uhr.

**Badische Politik.**

**Niedriger hängen**

auch man die folgende Bemerkung eines Arbeiters:  
Der Terrorismus der sozialdemokratischen Organisationen lastet empfindlicher auf der Arbeiterschaft, als der Druck der Unternehmer.

Dieser Arbeiter heißt Völscher und ist Mitglied des badischen Landtages. Er gehört der Zentrumsparterie an und sollte als Arbeiter immerhin wissen, daß ein derartiger Ausdruck die Wahrheit auf den Kopf stellt. Wir bestreiten gewiß nicht, daß in der Fabrik, in der Werkstätte oder auf den Bauten der gegenseitige Verkehrston ein besserer sein könnte und daß die Auseinandersetzungen zwischen Freien und Christlichen oft eine Form annehmen, die nicht wünschenswert ist. Aber zu behaupten, die Unternehmer seien die reinen Waisenkinder gegen die sozialdemokratischen Terroristen, und zwar in einer öffentlichen Sitzung des badischen Landtages, das übersteigt denn alles bisher Dagewesene. Herr Völscher war selbst Arbeiter in Maschinenfabriken; er weiß, welche Anforderungen an die Arbeitskraft des Arbeiters manche Unternehmer stellen, er weiß, wie rücksichtslos manche Werkführer und Vorarbei-

ter mit den Arbeitern umgehen, welche Ausdrücke man ihnen gegenüber für angebracht hält und wagt trotzdem in der parlamentarischen Körperschaft Badens eine solche Behauptung. Das ist einfach unerhört. Die Arbeiter des 39. Bezirks werden sich die skandalöse Äußerung ihres parlamentarischen Vertreters merken.

**Zur rechten Zeit**

erinnern die „Badischen Nachrichten“ die Blätter vom Schlage der „Konstanzer Zeitung“ daran, daß die erdrückende Mehrzahl der nationalliberalen Vereine und der nationalliberalen Wähler Badens auf dem Standpunkt steht, daß das liberal-sozialdemokratische Wahlabkommen von 1905 eine politische Notwendigkeit war und daß sich heute die auf dieses Abkommen hindringende politische Situation weiter verschärft hat. Im übrigen ist uns kein ausgesprochen nationalliberales Blatt in Baden bekannt, das 1905 die Entschließung der nationalliberalen Parteileitung nicht gut geheißen hätte. Es wird sich vielleicht der Mühe lohnen, gelegentlich die Neuerungen von „Eintr.“ und „Zeit“ einander gegenüberzustellen. Da könnte man ergötzliche Bilder über die Konsequenz der liberalen Presse schauen.

**Einen Reinfall der Zentrumspresse.**

Der Verleger der „Konstanzer Zeitung“, Herr Otto Reuß, erläßt in seinem Blatt folgende Erklärung:

Verschiedene Blätter bringen meinen Rücktritt von der Stelle des ersten Vorsitzenden im liberalen Verein Konstanz in Zusammenhang mit der politischen Haltung der „Konstanzer Zeitung“. Nun ist aber der jetzt erst durch den Bericht über die jüngste Generalversammlung des Vereins, in der große Öffentlichkeit bekannt gewordene Rücktritt schon vor etwa einem Jahre erfolgt, da ich genötigt war, meine ganze Kraft ungeteilt meinem Geschäft zu widmen. Tatsächlich wurden die ganze Zeit der Vereinsgeschäfte durch den stellvertretenden Vorsitzenden besorgt und in dem zu Ende des vorigen Jahres gedruckten Konstanzer Adreßbuch ist die Stelle des 1. Vorsitzenden als unbesetzt bezeichnet. Da ich dem Vorstand des liberalen Vereins, als stellvertretender Vorsitzender, nach wie vor angehöre, scheint den betr. Blättern entgangen zu sein.

Darnach fragt die Zentrumspresse nicht. Der Rücktritt des Herrn Reuß konnte gegen die Sozialdemokratie ausgeschlachtet werden. Also los! Jetzt ist's damit nichts. Auch darüber hilft sich der „Beobachter“ hinweg.

**Der Gehaltsstarif.**

Die Arbeiten der Kommission sind — siehe Samstagnummer — wie folgt zusammenzufassen: Die Kommission war bestrebt, den Beamten, welchen das Beamtengesetz bei befriedigender Dienstleistung und tadelfreiem Verhalten Aussicht auf regelmäßiges Vorwärtren bis zum Höchstgehalt seiner Amtsstelle gewährt, einen gewissen Rechtsschutz gegen Versagung des Vorwärtrens zu schaffen, den Umfang der Verjaugung genauer zu präzisieren und auch die Möglichkeit zu geben, die Maßregel bei eingetretener Besserung zu mildern oder rückgängig zu machen. Dies ist gelungen; auch die Großh. Regierung hat keine Einwendungen gegen folgende Fassung des § 12 der Gehaltsordnung mehr erhoben:

§ 12. Wenn gegen das dienstliche oder außerdienstliche Verhalten des Beamten (§ 21 B. G.) eine erhebliche Ausfertigung vorliegt, so kann durch Entscheidung des vorgesetzten Ministeriums die Zulage entweder zunächst nur in widerruflicher Weise ohne Aufnahme in den Einkommensanschlag oder nur mit einem Teilbetrag oder erst auf einen späteren Zeitpunkt innerhalb einer weiteren Zulagefrist bewilligt werden.

Vor der Entscheidung ist dem Beamten Gelegenheit zu geben, sich über die gegen ihn vorliegenden Gründe der beachtlichen Maßregel zu äußern, Anträge zu stellen und nach Eröffnung des Ergebnisses etwaiger Erhebungen nochmals sich zu erklären. Erfolgt die Maßregel, so werden ihm die Gründe derselben eröffnet. Gegen die Entscheidung des Ministeriums ist die Beschwerde an das Staatsministerium zulässig. Auf die Beschwerde finden die für das Verfahren in Verwaltungs-, sachen geltenden Vorschriften mit der Maßgabe Anwendung, daß dem Beamten auch im Beschwerdeverfahren vor der Entscheidung im Falle neuer Ermittlungen Gelegenheit zu geben ist, sich über das Ergebnis derselben zu äußern. Widerprüchlich bewilligte Zulagen können nachträglich vom Zeitpunkt ihrer Bewilligung oder einer späteren Zeit an ganz oder teilweise mit Aufnahme in den Einkommensanschlag endgültig gewährt werden. Auch kann die Verjaugung der geordneten Zulagen nach eingetretener anhaltender Besserung des Beamten in der Dienstleistung und dem Verhalten ganz oder teilweise rückgängig gemacht werden.

Ein großer Stein des Anstoßes ist bekanntlich der im Gehaltsstarif auf fast alle Abteilungen ausgedehnte weitere Ausbau des Klassensystems und die Bestimmung des Entwurfs in § 16 Abs. 2 B. G., daß das Vorwärtren in die höheren Gehaltsklassen unter vorzugsweiser Berücksichtigung der Leistungen und der Verwendbarkeit des Beamten auf den nach Umfang und der Schwierigkeit der Dienstaufgaben wichtigsten Amtsstellen erfolgen soll; die Verteilung der Beamtengruppen auf die Gehaltsklassen soll nach einer bestimmten Verhältniszahl erfolgen. Diesem Vorschlage gegenüber wurde das System der reinen Dienstaltersstufen verlangt, wie dies im Reich, in Preußen und Bayern durchgeführt ist. Die Vorteile und Nachteile beider Systeme wurden wiederholt in der Presse, wie in Versammlungen der Beamten erörtert. Die Regierung glaubt, da im bisherigen Tarif neben dem Dienstaltersstufenstufen auch das Klassensystem Anwendung gefunden hat, letzteres nur in der Weise weitergebildet zu haben, daß für tüchtige Beamte eine weitere Beförderungsmöglichkeit geschaffen werde. Die Kommission konnte sich von der Richtigkeit dieser Vorschläge nicht überzeugen, sondern erblickte in denselben die Schaffung von Qualitätsklassen, gegen welche die schwersten Bedenken gehegt werden; sie bekannte nicht, daß eine Beförderungsmöglichkeit gegeben sein soll, glaubt aber, daß dies durch besondere Hervorhebung der wichtigeren Amtsstellen, durch Schaffung von sogenannten „gehobenen“ Stellen geschehen könne, daß aber im übrigen bei normalen Leistungen das Dienstalter entscheiden solle. Im Laufe der Verhandlung zeigte sich die Regierung geneigt, der Auffassung der Kommission entgegenzukommen, stellte in Aussicht, im Tarif zunächst eine Klasse fallen zu lassen, wenn die Möglichkeit geboten werde, „gehobene Stellen“ zu schaffen, auf welche freie Beförderung stattfinden kann.

Unter diesem Vorbehalte schlug dieselbe schließlich eine Fassung des § 16 Absatz 2 B. G. vor, welche den Vorschlägen in

mehreren Petitionen der Beamtengruppen entspricht. Die Kommission stimmte schließlich auch unter dem Vorbehalte, daß eine entsprechende Gestaltung des Tarifs erzielt werde, einstimmig dem Vorschlage zu, so daß die Bestimmung nun lautet:

„Das Vorwärtren in die höhere Gehaltsklasse erfolgt nach dem Dienstalter, vorausgesetzt daß Leistungen und Verwendbarkeit des Beamten zu Beamtendungen keinen Anlaß geben.“

Ein Hauptstreben der Kommission war, die Uebergangsbestimmungen für die Beamten so zu gestalten, daß angesichts der teuren Lebensverhältnisse alle tatsächlich sofort eine wirkliche Gehaltsaufbesserung erfahren; der Entwurf sieht allerdings zu diesem Zwecke in § 39 B. G. eine außerordentliche Zulage vor, und es ist auch die Absicht derselben, diese den Beamten in vollem Umfange zuzulassen, auch den Dienstwohnungsinhabern, welchen nach § 44 des Entwurfs die bisherige Wohnungsgeldzulage in Wegfall kommt; da aber die Fassung zu Mißverständnissen und Beunruhigungen Veranlassung gab, hat die Regierung einen anderen Vorschlag des § 45 B. G. gemacht, welcher den Beamten die außerordentliche Zulage unzweideutig und ungeschmälert sichert. Die Kommission hielt aber die vorgeschlagenen Beträge für zu nieder und die Abstufungen nach den Abteilungen nicht für richtig; die unterste Abteilung beläuft sich nach dem Entwurf nur auf eine Zulage von 50 oder 70 Mark. Die Erhöhung dieser außerordentlichen Zulage bedingt natürlich eine Steigerung des Aufwands. Dieser beträgt bei der Annahme des § 39 des Entwurfs rund 1 450 000 Mark; derselbe würde sich, wenn man den unteren Beamten mindestens 100 Mk., den mittleren mindestens 150 Mk., und den oberen mindestens 200 Mk. gewährte, auf 3 817 900 Mk. steigern, oder wenn man allen Beamten 75 Prozent der Zulage nach dem neuen Tarife, den unteren Beamten aber mindestens 100 Mk. und den mittleren mindestens 150 Mk. gewährte, auf 5 788 870 Mk.; wenn man allen Beamten die vollen ordentlichen Zulagebeträge, mit Mindestbetrag von 100 Mk. für die unteren, bewilligt, beläuft sich der Mehrbetrag auf 9 446 070 Mk. bezw. nach Abrechnung der Ueberwälzungen auf reine Stiftungen und bergleichen und einiger anderer Posten auf rund 8 000 000 Mk. Die Kommission glaubte, daß eine solche Ausgabe mit Rücksicht auf die momentane Lage der Beamten gerechtfertigt werden könne und man dann auch mit dem Einführungsstermin auf 1. Juli statt auf 1. Januar 1908, wie immer erwartet wurde, sich zufrieden geben kann, zumal sich die einmalige Zuzahlung auf diesen Tag nach § 47 B. G. entsprechend erhöht. Die Kommission hat daher den § 29 Absatz 1 und 2 in folgender Fassung angenommen:

**Petitionen.**

Der zweiten Kammer gingen folgende Petitionen zu: des Gemeinderats Röttenbach um Aufhebung des Ausnahmetarifs für die Zahnradstraße auf der Höllentalbahn; der Groß. Bezirksassistenten, der nichtetatmäßigen Zeichner beim Zeichnereureau groß. Generaldirektion der bad. Staatseisenbahnen, der Oberhessischen Bezirksverwaltung des deutschen Technikerverbandes namens der bad. Bahn- und Telegraphenmeister, der Bauaufseher bei groß. Eisenbahnverwaltung zur neuen Gehaltsordnung; der staatlichen Beamten in Emmendingen, die Verjaugung der Stadt Emmendingen in die zweite Ortsklasse des Wohnungsgeldtarifs betr.; der Handelskammer Freiburg, den Bau einer Eisenbahn von Litten über St. Blasien nach dem Rheintal betr.; der Gemeinderäte Brechen, Erfeld, Geroldsstetten, Schwarzenbrunn und Waldstetten um Erbauung einer Eisenbahn von Hardheim über Erfeld, Brechen nach Rauberbischofsheim; der an der Nebenbahn Mosbach-Rudau interessierten Gemeinden wegen Ermäßigung der Personen- und Gütertariife für diese Bahn.

Raboldzell, 19. März. Der „Freien Stimme“ scheint die Rede Kolbs im Landtage über Sozialdemokratie und Landwirtschaft schwer im Magen zu liegen, denn in der Dienstagnummer wird das Vorgehen Kolbs als Bauernfängerei bezeichnet, als Spekulation auf die Dummheit der Bauern usw., während das Zentrum in den Himmel gehoben wird. Daß die „Freie Stimme“ alle Ursache hat, die Sozialdemokratie bei den Bauern zu verdächtigen und als Lügner hinzustellen, glauben wir gerne, denn die Bauern, die allgemach die Folgen der Politik kennen gelernt haben, wissen, daß heute die Futtermittel fast in die Höhe gegangen sind. Sie haben trotz der Preissteigerung ihrer Produkte keinen wesentlichen Vorteil. Dazu kommt noch, daß alles andere auch teurer geworden ist, und die Bauern, die denken, haben heute schon die Ueberzeugung, daß ihnen das Zentrum einen schlechten Dienst erwiesen hat. Die Zeit muß kommen, wo auch der Bauer einsehen lernt, daß auch er besser fährt, Hand in Hand mit der Arbeiterschaft zu gehen. Wo bin die Meise im Zentrum gehen soll, konnte man aus dem Munde eines Zentrumsmanns und Vertreters der Landwirtschaft hören; derselbe verlangte, daß die Hütelinder die Schule nicht besuchen sollten. Wie lange wird es gehen, dann verlangt man von der Regierung, daß die Schulen im Sommer nur zum Religionsunterricht aufgemacht werden, damit die Kinder auf dem Lande zur Arbeit gebraucht werden können. Bauer, merkst du was??

**Die Eingemeindung Lichtentbals.**

Aus Lichtenthal schreibt uns unser Korrespondent: Die heutige Fastnacht stand vollständig unter dem Zeichen der Eingemeindung und elektrischen Wahn. Als Prinz Karneval figurierte diesmal sozusagen der bekannte Rechtsgelehrte Herr Julius Martus. Eine Anzahl weintrauber Lichtenthaler seitens den tapferen Streiter fürs „gleiche Recht für alle“ zuerst im Gasthof zum „Löwen“ und dann noch im „Grünen Baum“ so gründlich ein, daß er einen Refers unterzeichnete, worin er sich gegen Entgelt von zehn Mark verpflichtete, an Fastnacht sich spielen zu lassen und dabei in höchst eigener Person selbst mitzuwirken. Leider trat der Refers nicht in Kraft, denn den schalkhaften Veranstaltungsdirektor des Ilkes, war es weniger um die Mitwirkung des Herrn Martus zu tun, sondern um die Feststellung der Tatsache, daß dieser Herr fürs Geld auch zu so etwas zu haben ist. Der Herr „Rechtsgelehrte“ wurde denn auch richtig bei der Fastnacht gespielt in seiner ganzen Staltlichkeit und mit dem Altknüttel bewaffnet, aber nicht etwa durch ihn selbst, sondern durch einen Doppelgänger. Dies scheint der Geopotte so sehr zu Herzen genommen zu haben, daß er sich eines Abends Vergessenheit in dem „Trank der Liebe“ in außerordentlichem Maße verschaffte. Der „Vertreter der Majorität“ der Lichtenthaler Bürgerschaft vergaß sich endlich soweit, sich total betrunken auf der Straße liegend vor dem Hotel zum „Waren“ von der Ortspolizei auffinden zu lassen. Diese verbrachte ihn, um ein solch kostbares Leben für Lichtenthal zu retten, in den — Ortsarrest. Merkwürdigerweise hat sie bon

ite 2.  
er Kanada,  
er Indien,  
epubliken  
dann den  
einen Auf-  
zu benötigt,  
Verhältnisse  
Regierung  
„Labour  
23 auf der  
e drei zum  
nationalen  
Fragen,  
beit ein und  
Arbeits-  
Verstaat-  
gen habe sich  
er Rehmann  
ökonomische  
Galt macht.  
t unter der  
so gefährlich  
als das pri-  
er Arbeiter-  
ter glaube  
„Terroris-  
iner der be-  
schwärzesten  
methode ver-  
seiner eige-  
weiter seine  
uner wieder  
erwerkstaf-  
ten in der Kam-  
ndliche Ant-  
t der Wohl-  
dman wärem-  
die Tätig-  
ind. Auch  
wenn sie sich  
Sie dürfte  
21. März.  
r die Sitzung.  
n und Kom-  
worauf das  
imindustrie  
Dies bestätigt  
ie Bühne sind  
die Gesund-  
Hausindustrie  
de ausschütten.  
e und Verord-  
n aller Strenge  
des Bundesrats  
abe erfreuliche  
g sei mit allen  
nicht spruchrei-  
kalen Verfüge-  
ren. Die Ar-  
ich seit kurzem  
in oder wenig-  
ein paar mal  
e eine alte Er-  
kraft nach dem  
ihm der Kom-  
 hatte. „Wiel-  
berücksichtigen.“  
higem Rätseln  
es dem andern  
hauptung einer  
Statistik würde  
en, daß ebenso-  
Ort ihres Ver-  
n, nicht weil es  
n irgend einen  
eder, mit denen  
so schnell wie  
anfeindliche Al-  
wissenshaft sollte  
Ueberlieferungen  
igenen Zimmern  
gleich. Kleider  
ngen und lagen  
n in den Eden.  
Eile, um ganz  
n. In seinem  
eler mit etwas  
nen Mamevalter  
zur Uebernahme  
diger Beruf ist

dem also seiner Freiheit beraubten noch keine Klage wegen Freiheitsberaubung erheben. —

Die physische Niederlage des Vertreters der Opposition traf zeitlich zusammen mit der Kaffierung der Gemeinderatswahl und einem wohl damit auch im Zusammenhang stehenden allmählichen Umschwung in der Stimmung der zur Opposition gegen die Eingemeindung verheften Einwohner. Auch der Herr Pfarrer, welcher es so sehr verübelte, daß der „Volksheld“ sich im Zusammenhang mit der Eingemeindungsfrage kritisch an seine „Hochwürden“ herangewagt hatte, und deshalb schon auf dem Sprung stand, zum Stadi zu laufen, zog mildere Saiten auf und begab sich aus dem Alten Testament mit seinem „Aug um Aug, Zahn um Zahn!“ ins neue, das da vorschreibt, diejenigen zu lieben, die uns hassen. Ob ihm auf diesem Wege vielleicht ein „Begleiter aus Karlsruhe“ (!!! D. Red.) half, oder die Erwägung, daß mit den Szogen nicht gut Kirichen essen ist und der Stärke deshalb klug daran tut, mutig einen Schritt zurückzuziehen, quon sabe? (wer weiß es), und wir wollen darüber nicht weiter spitzfinden, sondern darüber den Mantel der christlichen Liebe breiten.

Ueber das Schicksal der Eingemeindungs- und der damit eng zusammenhängenden Bahnfrage ist man bisher eigentlich immer noch im Unklaren. Unser Genosse Süßkind hatte den Stein ins Rollen gebracht durch seine bekannten Ausführungen bei der Budgetberatung, aber der Abgeordnete der Stadt Baden, Herr Dr. Gönnner, der es auf seine alten Tage noch lernen will, statt des schweigenden Präsidenten den redenden Abgeordneten zu imiten, goß sofort etwas „Badener Wasser“ in den Pfälzer Wein des Mannheimer freiwilligen Vertreters der Baden-Badener Interessen und Herr Dr. Zehnter, der Abgeordnete von Lichtenthal, wartete als richtiger Zentrumsman, bis seine Zeit gekommen wäre. Soviel wußte man bisher in der Öffentlichkeit: die Akten sind abgeschlossen und befinden sich im Ministerium der Minister, kein Freund von Eingemeindungen, hat wohl wenig Lust, in den sauren Apfel, genannt „Eingemeindung von Lichtenthal“, zu beißen; auch war die Frage der elektrischen Bahn noch nicht entschieden. Daneben geht in Lichtenthal das unkontrollierbare Gerücht um, daß eine dortige „berühmte Dame“ aus Furcht vor den Kosten der Realisierung eine sehr hohe und immer noch sehr einflußreiche Dame in Karlsruhe gegen die Eingemeindung scharf gemacht habe. Also: Martinus Arm in Arm mit dem ewig Weiblichen! Wie faszinierend Menschen doch in persönlichen Interessen sich zusammenfinden! Mittlerweise soll aber die Lichtenthaler Dame zur Einsicht und von ihrem Widerstand abgekommen sein.

Und aus durchaus zuverlässiger Quelle erfährt man jetzt als Neues, daß der Minister v. Bohna und den Herren Dr. Gönnner und Dr. Zehnter gegenüber bestimmt erklärt habe, er werde, da doch die Eingemeindungsfrage und die Frage der Erbauung einer elektrischen Bahn miteinander eng verbunden seien, die Konzeptionserteilung für den Bahnbau beschleunigen lassen. Das Gerücht, daß die Eingemeindung im Ministerium verschleppt werden wolle bis zum Schluß des gegenwärtig tagenden Landtages, sei falsch. Hiernach und nachdem die gegen die Eingemeindung seitens der Marlsruher vorgebrachten Einwände sich als nichtig erwiesen haben, kann auch das Ministerium nicht eine nochmalige Abstimmung der bürgerlichen Kollegien in Baden-Baden und in Lichtenthal verlangen, d. h. verlangen kann es schon, aber richtig wäre es nicht und würde nur einen weiteren Zeitverlust bedeuten.

Soffen wir also und harren wir der Dinge, die da kommen sollen. Aber in Wälde, denn der Worte sind nun nachgedruckt genug gewechselt, nun wollen wir endlich auch einmal Taten sehen. —

### Aus der Partei.

In Mannheim macht sich eine Neuwahl zum Stadtverordnetenkollegium notwendig. Als Kandidat der Partei hierzu wurde der Genosse Weich aufgestellt.

**Warnung.** Der Textilarbeiter Oskar Friedrich Langer aus Wahlen-Crimmitschau hat das Vertrauen der Parteigenossen im Kreis Ziegenrüd (Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück) schände getäuscht. Ferner hat er sich in Pöthen, wo er sich die letzten Jahre aufhielt, grobe Unregelmäßigkeiten und Vertrauensbruch gegen den Textilarbeiterverband und Lederarbeiterverband, deren Unterkassierer er war, zuschulden kommen lassen und ist mit dem Stempel des Textilarbeiterverbandes beduftet. Alle Parteiorganisationen und Textilarbeiterverbandsstellen werden hiermit auf den p. Langer aufmerksam gemacht. Man wolle ihm das Mitgliedsbuch 19 der Landesorganisation Sachsen-Meiningen (Röhneder A.-Verein) abnehmen.

Ein Sozialdemokrat als Mittelfler beim Prinzregenten. Der Genosse Hellmann in Lambrecht (Pfalz) hatte sich um den Erlass der Verbüßung einer Gefängnisstrafe mit einem Gnadenbesuch an den Prinzregenten von Bayern gewandt. Das Begnadigungsgesuch ist abschlägig beschieden worden. Am Samstag hat die Mitgliederversammlung des sozialdem. Vereins Lambrecht dem Genossen G. Hellmann wegen seines Verhaltens die schärfste Rüge erteilt. In anbetraucht seiner bisherigen ungenügenden Tätigkeit während seiner 8 bis 10jährigen ununterbrochenen Parteigliedschaft sah die Versammlung von einem Ausschluß aus der Partei ab.

Wegen Verleumdung der preussischen Schutzmannschaft und des Richterstandes durch einen Artikel „Uniformierte Bestien“ wurde der in Dresden ansässige Redakteur Gen. Fiehn von der „Volksheld“ zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Das Urteil übertrifft seiner ganzen Eigenart nach an Schärfe noch die bekanntesten Urteile der Reder- und der früheren Prommhold-Kammer gegen Sozialdemokraten, bemerkt dazu die „Sächs. Arbeiterzeitung“.

Eine Biographie J. A. v. Schweikers hat Herr Dr. Gustav Meyer-Heidelberg gegenwärtig in Arbeit. Herr Dr. Meyer bittet nun diejenigen Parteigenossen, die mit v. Schweiker bekannt waren oder Briefe von ihm besitzen, bei der Beschaffung von Material für die Biographie behilflich zu sein und sich zu diesem Zweck an Herrn Dr. Gustav Meyer, Heidelberg, Theaterstraße Nr. 11, zu wenden.

### Gewerkschaftliches.

**Lahr, 21. März.** Wie schon berichtet, sind seit 1. März die hiesigen Gipser ausgesperrt und ist Zugzwang nach hier und Umgegend streng zu meiden. Die mit den Meistern erneut stattgefundenen Verhandlungen scheiterten. Der Sekretär des Arbeitgeberverbandes erklärte sofort bei Eröffnung der Verhandlungen kategorisch, daß Lohn erhöhungen und Verkürzung der Arbeitszeit unter keinen Umständen zugestanden würden, die Tarifdauer

selbst müsse bis 1. April 1910 gehen. Die Meister verlangten: An- und Ausbleiben vor und nach der Arbeitszeit, andernfalls 1 Stunde Lohnabzug platzgreif; während der Arbeitszeit darf kein Bier getrunken werden — eine rigorose Zumutung beim Gipserhandwerk, namentlich in den heißen Sommermonaten — und Affordarbeit. Für Stellen der Gipsschichtenwände und Transportieren der Gipsschichten zum Bau wird der horrenden Satz von 35 Pf. pro Quadratmeter bezahlt, dabei rechnen die Herren die umliegenden Ortschaften bis nach Miersheim als zum Stadtbereich gehörig. Für den weiten Weg zur Arbeitsstätte soll keine Entschädigung gewährt werden; die Arbeiter hätten dann früh und abends je 1 Stunde für den Weg zu opfern und müßten mittags an Ort und Stelle bleiben. Unter diesen Umständen war es nicht möglich, diesen Tarif der Meister zu unterschreiben. Bei der fortwährenden Erneuerung der Lebensmittel und der Wohnsmieten der Arbeiter eine direkte Verschlechterung der Lohnverhältnisse aufzuwaktieren, zeigt, bis zu welchem Höhepunkte die Machtgier der Unternehmer schon gediehen sind. Wir werden dem uns ausgedehnten Kampf zu begen wissen, die Unternehmer werden bald am eigenen Leibe verspüren, was für eine nette Suppe sie sich eingebrotet haben.

**Zur Tarifbewegung im Malergewerbe.** Von seiten der Unternehmer wie der Arbeiter war das Bestreben vorhanden, einen gemeinsamen Tarif aufzustellen und es haben dieser Tage in Mannheim Verhandlungen stattgefunden, die als gescheitert zu betrachten sind.

Die seitens der Unternehmer hinzugezogenen Vertreter der Gewerkschaften (1. Hirsch-Dunderschen, christlichen und freien Arbeiter-Organisationen konnten sich über gleichberechtigte Zulassung als Vertragskontrahenten nicht einigen. Während die Unternehmer volle gegenseitige Anerkennung verlangten, erklärten die Vertreter des freien Verbandes, unter solchen Bedingungen nicht verhandeln zu können.

### Die gewerkschaftliche Einigung

macht weitere erfreuliche Fortschritte und die noch widerstrebenden Elemente schmelzen mit der emporkommenden Sonne immer mehr zusammen. Die Zahl der Mitglieder, die ihren Lebertritt zum Verband erklärt haben, ist eine weit größere, als man nach den Quertreibungen der Syndikalisten zu hoffen wagte. Ihre genaue Ziffer wird sich erst feststellen lassen, wenn die auf den 14. d. M. angesetzte Frist für den Lebertritt abgelaufen ist. Inzwischen haben auch die Kleinstleger in Dresden mit 10 gegen 7 Stimmen ihre Einigung mit dem Maurerverband beschlossen. Von der „Gewerkschaft der Maler Berlins und Umgegend“ hat sich ein großer Teil der Mitglieder — etwa die Hälfte — entschlossen, zu dem Zentralverband der Maler beizutreten.

So werden also die noch verbleibenden syndikalistischen Gruppen durch die Massenflucht ihrer Mitglieder in die Verbände noch bedeutungsloser, als sie es ohnehin schon sind. Es ist kein Zweifel, daß der anarcho-syndikalistische Spul in Deutschland ein schnelles Ende finden wird.

### Soziale Rundschau.

Kruppsche Wohlfahrts-Einrichtungen verstoßen gegen die guten Sitten. Aus Essen an der Ruhr wird gemeldet: Wieberum verurteilt die Spruchkammer Friedensheim des Gewerbegerichts Nord die Pensionskasse der Firma Krupp zur Rückzahlung geleisteter Beiträge an 16 Arbeiter. Das Gewerbegericht sieht das Verhalten der Firma Krupp als gegen die guten Sitten verstoßend an trotz der gegenteiligen Entscheidung der Landgerichte Essen und Dortmund.

### Badische Chronik.

#### Durlach.

22. März  
— Gestern, Sonntag, Nachmittag entfiel im Distrikt Oberwald ein Waldbrand; circa 20 Morgen jährigen Schlags brannten aus. Als Urheber soll ein 13jähriger Knabe aus Karlsruhe ermittelt worden sein.

#### Etlingen.

22. März.  
— Riesenmaschine. Der Maschinenfabrik Lorenz hier wurde von der Firma Krupp in Essen ein Auftrag auf eine Spezial-Werkzeugmaschine zuteil, die von so gewaltigen Dimensionen ist, daß sie ein Gewicht von ca. 110 000 Kilogramm aufweisen wird. Eine Vorstellung von dieser Riesenmaschine kann man sich machen, wenn man bedenkt, daß zu deren Versand elf Eisenbahnwagen — ein ganzer Zug — nötig sein werden.

#### Freiburg.

22. März.  
— Parteigenossen! Erscheint morgen Abend in der Parteiverammlung! Genosse Enler wird einen Vortrag über das aktuelle Thema: „Arbeiterkammern“ halten.

— Parteibibliothek. Wir bitten das Interat in der heutigen Nummer zu beachten.

— Am Donnerstag, 12. ds. Mts., fand eine öffentliche Küfer- und Brauereiarbeiter-Versammlung in der Stadt „Belfort“ statt. Der Referent, Kollege Matt, behandelte die Arbeitsnachweisfrage und führte in klarer Weise die Wichtigkeit derselben vor Augen. Am Schlusse seines Referates empfahl der Referent die Angliederung an den städtischen Arbeitsnachweis, denn nur dadurch könnten die Arbeitsuchenden geschützt werden und die oft sehr hohe Taxe, welche ihnen die Privat-Stellenvermittler abknöpfen, sparen. Herr Lauer, Vertreter des städtischen Arbeitsnachweises, der auch anwesend war, erklärte in ausführlicher Weise die Geschäftsführung des Freiburger Arbeitsnachweises. Gauleiter Hierer vom Brauereiarbeiter-Verband kritisierte in scharfen Worten die Vermittlung, wie sie heute besteht, geführt von zwei hier am Platze sich befindenden Privat-Stellenvermittlern für Brauer, und wies darauf hin, wie die Vermittlung gehandhabt wird. Als eine Schmach bezeichnete er der Nebner, daß etwas derartiges im 20. Jahrhundert noch existieren kann und die Kernsten der Armen auch noch auf diese Weise aus ihrem sauren erworbenen Verdienst den letzten Pfennig herausrücken müssen, um eine Stellung zu erhalten, ohne eine Gewähr dafür zu haben, in der neuen Stelle das Geld wieder herauszubekommen. In dieser Art Stellenvermittlung leistet der bekannte Vermittler Franz Joseph Hipp Großes. Der Nebner führte noch an, daß die städtischen

Arbeitsnachweise 1. unentgeltlich arbeiten, 2. bei Zurücklegung von größeren Strecken noch Fahrpreisermäßigung auf den Staatsbahnen gewährt wird, was bei Privatvermittlern ausgeschlossen ist. Er empfahl nochmals den städtischen Arbeitsnachweis, denn nur in diesem Sinne könne diese wichtige Frage zur Zufriedenheit gelöst werden. Nachdem noch mehrere Kollegen sich dahin geäußert hatten, fand folgende Resolution einstimmige Annahme:

Die heutige öffentliche Küfer- und Brauereiarbeiter-Versammlung nimmt Kenntnis von der ungerechten Vermittlung der privaten Arbeitsvermittler und protestiert energisch gegen dieses System. Sie beauftragt eine Kommission, die nötigen Schritte zur Beseitigung dieser Mißstände sofort in Angriff zu nehmen und ist der Ueberzeugung, daß der städtische Arbeitsnachweis das richtige Institut ist, diese Frage zur vollen Zufriedenheit zu lösen.

— Daß gegenwärtig im Baugewerbe noch eine große Zahl von Arbeitslosen vorhanden ist, weiß jeder, der sich um solche Dinge kümmert, trotzdem bringt es die „Patria“, welche in Freiburg erscheint und für die italienischen Arbeiter bestimmt ist, fertig, für die Bauunternehmer Arbeitskräfte zu werben. Es werden dort Arbeiter gesucht für Waldkirch und Hornberg. Es dürfte auch der Redaktion der „Patria“ bekannt sein, daß eine Aussperrung der Bauhandwerker geplant ist, und es wäre für sie verbienlicher, wenn sie die italienischen Arbeiter vor Zugang warnen würde, als dieselben noch herzuzeigen. Man wird zwar einwenden, daß weder in Waldkirch noch in Hornberg eine Aussperrung geplant sei; dem wäre entgegen zu halten, daß durch die Aussperrung soviel Arbeitskräfte frei werden, daß jene Meister deutsche Arbeiter haben können.

Aber das ist, was die Unternehmer nicht wollen. Die Aussperrten sollen an andern Orten keine Arbeit finden, deshalb zieht man soviel als möglich Arbeitskräfte in das Land. Bewußt oder unbewußt leistet also die „Patria“ dem Unternehmertum Vorkampfdienste, wenn sie die Zuwanderung noch fördert.

— Am Samstag Nacht wurden auf den Posten am Landesgefängnis, Zinne 1, sechs Revolverkugeln abgegeben, ohne daß jemand getroffen wurde. Der Täter konnte im Dunkel der Nacht verschwinden. Es ist ein verdächtiges Individuum behaftet worden, das sich Drohungen gegenüber anderen Militärposten hatte zu schulden kommen lassen. Dieser gab an, daß er 7 Jahre unschuldig im Landesgefängnis gewesen und sich nun durch Erschießen der Posten rächen wolle. Er befreitete, auf einen Militärposten Revolverkugeln abgegeben zu haben.

### Furtwangen.

22. März.

— Ueber die Verhältnisse in der Dr. A. Krüger'schen Fabrik schreibt man uns noch folgendes: Vor ungefähr einem Jahr wurde die Fabrik von Frankfurt a. M. hierher verlegt und der damalige Betriebsleiter auf eine von den Arbeitern einstimmig unterzeichnete Liste hin entlassen. Von dem Nachfolger wurde dann den Arbeitern alles „Liebe und Güte“ versprochen und gesagt, es solle nun ein Musterbetrieb werden, wie kein zweiter im Schwarzwald existiere. Auf diese Weise gelang es dem Herrn, die Arbeiter wieder zu beruhigen und man gab dem Versprechen Gehör. Heute aber kann man das gerade Gegenteil konstatieren von dem, was versprochen wurde, denn wie die Antreiber und Aufstauer hier betrieben wird, ist es — soweit uns bekannt ist — im Schwarzwald in keiner einzigen Fabrik zu finden. Es wurden Rathschreiber eingeführt, damit ja niemand ins Freie sehen kann und dadurch den Leuten die Arbeitsplätze verbunkelt wurden. Auch sitzen alle Kasseher in Glasfästen, selbst der Nachfolger des im vorigen Jahre entlassenen Betriebsleiters. Dieselben sind so eingerichtet, daß man jeden einzelnen Arbeiter, ohne eine Bewegung zu machen, beobachten kann.

Hat da vor kurzer Zeit eine Frau und ein Mädchen um etwas mehr Lohn angehalten, welcher viel zu wünschen übrig läßt. Sie wurden aber kurzgehandelt abgewiesen und am kommenden Freitag mit der Rindigung übertrajst. Einer weiteren Frau kam es vor, daß sie einmal, wie es jedem Menschen, selbst dem Vieh passiert, gähnen mußte. Der Herr Betriebsleiter beobachtete dies und sagte: „Ihnen werde ich Zeit geben zum Schlafen!“ Ihr ging es wie den Obengenannten. So sind noch zahlreiche ähnliche Fälle zu verzeichnen, welche wir aber erst bei event. Erwiderung von seiten der Firma publizieren wollen. Die Arbeiterpreise stehen den Frankfurter Preisen nicht mit der Hälfte gegenüber und es werden hier anstatt 9 Stunden, wie es in Frankfurt üblich war, 10 Stunden pro Tag gearbeitet. Von weiblichen und jugendlichen Arbeitern wußte man ebenfalls in Frankfurt nichts. Das sind eben billige Arbeitskräfte und es wird deshalb immer weitergeworfen mit weiblichen und jugendlichen Arbeitskräften. Nur dem schlechten Geschäftsgang in der Uhrenindustrie ist es zuzuschreiben, daß die Herren so hantieren können, sonst würden die für „dumm“ gehaltenen Schwarzwälder Arbeiter schon die nötige Antwort gegeben haben, was aber noch kommen wird, sobald ein anderer Wind geht. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß dieser als „Kuster“ bezeichnete Betrieb von den andern Firmen nicht nachgemacht wird.

Aus Bilingen schreibt man uns: Nicht der tatsächlichen Mißstände halber, vielmehr der Wahrheit zuliebe, sehen wir uns veranlaßt, auf die Rechtfertigung des „Billinger Volksblattes“ näher einzugehen. Der Herr G. M. verzichtet eingangs seiner „Rechtfertigung“ auf eine gebührende Erwiderung, weil ihm der „Volksheld“-Artikel bekannt und das Ganze nach sozialdemokratischer Manier ausgebauscht und an den Haaren herbeigezogen sei. Durch Ziffernmateriale sucht M. unsere Ausführungen abzuschwächen und seinen Betrieb in ein gutes Licht zu stellen. Wie oft hat derjenige, welcher 4 Jahre dort beschäftigt ist, schon gekündigt? H. M. G. Wenn Gehilfen 2 und 3 Jahre bei M. beschäftigt waren, so ist an unserem Vorwurf über die mangelhaften Zustände gar nichts widerlegt; denn Gehilfen, die nicht auf Ordnung halten, waren es sicherlich nicht. Und wenn Gehilfen der andern Zeitungen hier betr. Einstellung bei ihm vorzuziehen, so waren dieselben über die Verhältnisse leider nicht unterrichtet. Wenn wiederholt Gehilfen um Wiedereinstellung nachsuchten, was wir übrigens bezweifeln, so sind es höchstens solche, welche sich in andern geordneten Betrieben nur schwer halten können, namentlich wenn sie solchen Kunststumpeln als die Billinger Zentrumsblätter entziffen sind.

Etwas harter Tabak ist es, wenn unser kathol. Sozialistentäter schreibt, daß ihm von Entbehrenen nichts bekannt sei. Hat nicht vor ganz kurzer Zeit ein Gehilfe seine Kündigung damit begründet, daß er bei dem jammerhaften Zustand des Schriftensmaterials und bei diesem beschränkten Platz nicht länger

arbeiten könne? Ist Herr M. die Anschaffung sehr notwendigen Materials nicht schon wiederholt empfohlen worden? Sind das keine Entbehrungen, wenn von den Gehilfen noch verlangt wird, daß sie eine halbe Stunde nach Redaktionschluß (pardon! Redaktionschluß gibt es bei M. nicht) die Inserate aus dem Schutt herauslauben und die Zeitung fertigtellen sollen. Wenn er seinen Gehilfen etwas mehr bezahlt, als er tariflich muß, so müssen sie auch das Doppelte leisten, als sie verpflichtet sind und 127 M. wöchentlich an 4 Gehilfen bezahlte er nur 14 Tage.

Was die mangelhafte Lehrlingsausbildung betrifft, so ist es sehr bedenklich, daß Herr Müller diese unergiebliche Vernachlässigung auf seinen Faktor abwälzen will. Im übrigen bleibt in diesem Betrieb jedem Lehrling die Gelegenheit versagt, sich zu einem tüchtigen Gehilfen auszubilden. Mag nun Herr M. wieder versuchen, durch eine nichtslagende „Rechtfertigung“ unsere Feilen zu entkräften, an diesen Tatsachen ist nicht mehr zu rütteln und mag sich der Herr auch winden und krümmen wie er will.

\* Rufenbach, 19. März. Christlich-katholischer Samariterdienst. Am letzten Montag wurde eine hochschwangere Frau aus Ehenroth, welche in diesem Zustande noch in der Spinnerei arbeitete, auf dem Wege zur Arbeitsstelle plötzlich von Geburtswehen befallen. Arbeiter, die des Weges kamen, trugen die Frau in die Wirtschaft zum „Waldhorn“ auf Station Rufenbach und legten sie auf einen Bierstisch. Ein anwesender Parteigenosse verlangte vom Wirt rasch Wasser und Betzeug, was der Wirt jedoch verweigerte mit der Bemerkung: „Wenn das Weib kaputt ist, wer zahlt mir das?“ Daraufhin schaute sich unser Parteigenosse, gleich richtig kalkulierend, in der Wirtschaft nach den aufliegenden Zeitungen um und siehe da: Außer der „Badischen Presse“ nur der „Beobachter“ und der „Landmann“, also zwei fromme, gute Jesuitensblätter, die täglich so ungeheuer „veredelnd“ auf die Gesinnung ihrer Leser einwirken.

So hat denn die arme Frau wirklich auf dem blanken Bierstisch gebären müssen. Eine Frau im Hause nebenan brachte dann wenigstens etwas warme Milch für die junge Mutter, der Wirt selbst machte keinen Finger krümmen. So geschah in einem guten, frommen, christlich-katholischen Haus!

\* Aus Breiten schreibt man uns: Die praktische Neueuerung der Grubeform macht auch hier bedeutende Fortschritte. Allenfalls sieht man die Herren hier Bekannte durch ungewollten Anlegen der Hand an die Kopfbedeckung grüßen. Die Mitglieder der Grubeform-Liga tragen als Erkennungszeichen ein blauweißes Bändchen im Knopfloch und lassen ihre Namen in der „Breitener Zeitung“ veröffentlichen. Zur Nachahmung empfohlen.

\* Fahr, 22. März. Gestern ereignete sich hier im Gasthaus zum „Waldhorn“ ein schwerer Unglücksfall. Die Kleider der am Herd beschäftigten Köchin Pauline Schwaab gerieten plötzlich in Brand. Trotz sofortiger Hilfe erlitt die etwa 50 Jahre alte Frau so schwere Verletzungen, daß sie mit dem Leben kaum davonkommen dürfte.

\* Schopfheim, 17. März. Bureaumatrasen füttern. Daß man von der Eisenbahnstation einer badischen Bezirksstadt nicht einmal eine Eyrekrugsendung nach der badischen Bezirksstadt Weinheim ausgeben kann, weil dieselbe nicht in der Gefährlichste verpackt ist, muß an und für sich als ungläubhaft erachtet werden — aber doch ist es so. Am letzten Sonntag Nachmittag wurde hier in Schopfheim ein Eyrekrug nach Weinheim aufgegeben. Nach längerem Suchen in den Karren gab der Beamte die Sendung wieder zurück mit dem Bemerkung: „Weinheim sei nirgends enthalten, er könne deshalb die Sendung nicht annehmen und befördern, indem nach dort kein Gebühre bezichtigt sei und er infolgedessen auch keine erhalten könne.“ Tableau! Das Paket wurde sodann nach Basel genommen und dort nach Weinheim aufgegeben. Dort war Weinheim im Tarif enthalten, in Schopfheim aber nicht.

\* Engen, 22. März. Selbstmord. Der Besitzer der Tafelmühle Dr. Schjelsen wurde auf Zimmerholzer Gemarkung erhängt aufgefunden.

\* Radolfzell, 22. März. Brandstiftung. Gestern Morgen 9 Uhr zündete die 16 Jahre alte Dienstmagd Hedwig Galster von Konstanz, während der Dienstherren Fräulein in der Küche war, den Hof ihrer Herrschaft (Möhnanerhof) an. Der ganze Hof brannte total nieder. Drei Feuerwehren, von Liggeringen, Mäggingen und Langenrain, waren erschienen, doch war wegen Wassermangels nichts zu retten. Nur das Vieh konnte gerettet werden. Der Schaden beträgt 17000 M. Das Mädchen, das gewissermaßen in Juweliergeschäften auf dem Hofe untergebracht war, vollbrachte die Brandstiftung, um vom Hofe fortzukommen. Sie wurde verhaftet und ins hiesige Amtsgefängnis eingeliefert.

\* Heilbronn, 22. März. Arbeiterlos. Schwere Unglücksfälle ereigneten sich in den Porphyre-Steinbrüchen zu Dossenheim. Dem verheirateten Steinbrecher Heinrich Kiedling wurde ein Bein abgetrieben. Der 33jährige Steinbrecher Heinrich Böll, ein Familienvater von 4 Kindern, erlitt so schwere Verletzungen, daß er bald starb. Zwei seiner Brüder sind gleichfalls in den Steinbrüchen tödlich verunglückt.

\* Mannheim, 22. März. Kein Defizit. Dem Stadtrat wurde die vorläufige Abrechnung über die Jubiläumsausstellung vorgelegt. Darnach ist kein Defizit zu verzeichnen. Die Ausgaben werden durch die Einnahmen vollständig gedeckt.

\* Eisenbahnunfall. Von einem aus der Station Friedrichsbad gestern abend ausgehenden Güterzuge riß sich der Schluß los. Als der Zugführer den Zug darauf zum Stehen brachte, rannten die noch im Rollen befindlichen abgerissenen Wagen von hinten auf und wurden teilweise zertrümmert. Ein Bremser wurde schwer verletzt und ins akademische Krankenhaus nach Heilbronn überführt.

Kommunalpolitik.

\* Gulach, 23. März. Morgen Abend 8 Uhr findet Bürgerauskunft statt. Zur Beratung steht der Vorschlag. Die Sitzung ist öffentlich und hat jeder Bürger das Recht, den Beratungen zuzuhören.

\* Volkartswinter, 18. März. In letzter Zeit sind im „Volkstfreund“ einige Artikel erschienen, mit denen viele unserer Volkstribunen nicht einverstanden sind.

Es glauben gewisse auch Arbeiter mit solchen Einsendungen etwas Gutes zu schaffen, was aber nicht der Fall ist und bis jetzt nur viel Staub aufgewirbelt hat. Wenn man aber die Ur-

teil genau durchliest, so findet man heraus, sofern man mit den hiesigen Verhältnissen einigermaßen vertraut ist, daß es den Einsendern nicht um die „arme Witwe“ zu tun ist, sondern lediglich darum, dem Arbeiter-Gemeinderat eins auszuwaschen und die alte Scharte von der Gemeinderatswahl im vorigen Jahre auszuwechen.

Es ist traurig von Arbeitern, wenn man zu einer solchen unnoblen Kampfesweise greift und in die Welt hinausposaunt, die eine Witwe hätte 2 Kinder bei Verwandten untergebracht! Warum sagt man von der andern nicht, daß ihr ältestes Mädchen in 14 Tagen 20 M. verdient und sie auch wohlhabende Verwandte hat, die ja auch in der Lage wären, der Frau ein Kind abzunehmen. Ferner sollte man von ehelichen Arbeitern erwarten, daß man den Gemeinderat mit Namen nennt, der gesagt haben soll, die Witwe möge in einer Fabrik Beschäftigung suchen.

Wir können überhaupt nicht begreifen, daß man dem Bürgermeister ein besonderes Loblied singt, wenn man weiß, was von dieser Seite in letzter Zeit alles geleistet worden ist. Sollten etwa hier verwandtschaftliche Beziehungen eine gewisse Rolle spielen?

Nach den unsererseits eingezogenen Erkundigungen ist es nicht wahr, daß der Bürgermeister den Antrag auf Armenunterstützung wiederholt gestellt hat. Im nun aber dieser im Argen liegenden Armenpflege auf die Beine zu helfen, fordern wir alle Arbeiter auf, bei der nächsten Gemeinderatswahl dafür zu sorgen, daß mehr Arbeitervertreter aufs Rathaus kommen.

Mein Herr Volksfreund! Wir können von hier aus nicht beurteilen, wer von den beiden Parteien Recht hat, meinen aber, daß man es damit nun bewenden lassen sollte.

Aus der Residenz.

\* Karlsruhe, 23. März. Sozialdemokratischer Verein. Die nächste Vereinsversammlung findet am Mittwoch, den 25. ds., bei Mährlein statt.

\* Die Märzfeier. Um 1/11 Uhr war der Saal des Kolosseums bereits gefüllt. Die Arbeitergefangene hatten ihre Banner aufgehängt und das leuchtende Rot schwebte über der Versammlung. Genosse Ged als Vorsitzender hatte allerdings in seiner Begrüßungsansprache mitzuteilen, daß die Sänger vorläufig nicht in Aktion treten könnten, da Herr Polizeidirektor Dr. Seidenadel in einem Aufreißens darauf verwiesen, daß eine Polizeiverordnung Gefängnisvorstrafe während der Gottesdienstzeit, also von 9—11 Uhr, verbiete. Man mußte also den Begrüßungsschrei verschieben und dem Redner des Tages, dem Gen. Wlos, sofort das Wort geben. Der bekannte Verfasser der Geschichte der deutschen Revolution und Parteihistoriker, der mit lebhaftem Beifall empfangen wurde, machte eingangs darauf aufmerksam, daß eigentlich das Bürgertum die Märzfeier begießen müßte. Diese Unterlassung müßte das moderne Proletariat nachholen, zumal das deutsche Volk wenig große geschichtliche Tage zu verzeichnen habe. Gen. Wlos behandelte alsdann die 48er Bewegung historisch-kritisch, indem er die ideellen Gegensätze zwischen dem damaligen Proletariat und dem kämpfenden Bürgertum in den entscheidenden Fragen hervorhob. Er skizzierte auch des längeren die Rolle, welche die badische Bevölkerung bei den Aufständen von 1848 und 49 gespielt.

Der Referent befaßte sich auch in recht interessanter Weise mit Karl Marx, da ja die Märzfeier zugleich eine Marzkehrung darstellen sollte. Wlos war mit Marx persönlich bekannt und befreundet und war deshalb leicht in der Lage, ihn dem Zuhörerpublikum auch menschlich näher zu bringen. Es ist für die Beurteilung der Bedeutung der Märzrevolution wertvoll, zu wissen, daß Marx diese Revolution für den proletarischen Gedankengang als überunden betrachtete. Marx war schon zu stark mit den Klaffenungen vertraut, als daß er vieles von dieser Revolution des Bürgerturns erwarten konnte. Seine Prophezeiung hatte denn auch den Sieg davongetragen, daher das rasche Umsichgreifen der Märzischen Gedankenwelt.

Die Aufgabe des Redners war es auch, des Kampfes zu gedenken, den gegenwärtig unsere preußischen Parteigenossen für die Beseitigung der Dreiklassenwahl führen. Wlos wies an der Hand der Geschichte auf den Ursprung dieses Wahlrechts, das bekanntlich 1849 gegeben wurde, hin und zeichnete bei dieser Gelegenheit vom historischen Standpunkt aus ein lebensgetreues Bild des verstorbenen Fürsten Bismarck. Mit der Aufforderung, den preußischen Wahlrechtskämpfern die Unterstützung zu leihen, schloß Gen. Wlos seine inhaltreiche, belehrende und wirkungsvolle März-Rede.

Die Gesangvereine traten nun an und feierlich schallten die Freiheitlieder durch den Saal. Diese Massengesänge legten wiederum Zeugnis ab von der hohen Leistungsfähigkeit der Karlsruher Arbeitergefangene. Gesungen wurden: Dem Lenz entgegen, Unsterblichkeit und Frisch auf, mein Volk! Um 1/12 Uhr war die würdige Feier beendet.

Wir konstatieren.

Vor dem Versammlungsgebäude — Kolosseum in der Waldstraße — ein Vertreter der Schutzmannschaft, ein zweiter in dem Raum vor dem Saale, im Saale selbst 3—5 Schutzleute in Zivil. Ein Gerücht wird verbreitet, daß auf der Hauptwache 26 Schutzleute „bereit“ ständen. Wir fragen hiermit Herrn v. Bodman, ob dieses Polizeiaufgebot in seinem Auftrag erfolgte? Ist das die Gleichberechtigung, die man versprochen? Auch ohne einzigen Schutzmann wäre der Weisung des Herrn Polizeidirektors, vor 11 Uhr nicht zu singen, entsprochen worden.

Generalversammlung des Gewerkschafts-Kartells.

Die Generalversammlung am 19. d. M. war sehr zahlreich besucht, was auch der Vorsitzende in seinen Begrüßungsworten hervorhob. Der 1. Punkt der Tagesordnung betraf die Geschäftsberichte des Sekretärs und des Vorsitzenden. Aus dem Bericht des ersteren war zu entnehmen, daß sich die Frequenz des Arbeitersekretariats auch im abgelaufenen Jahre wieder bedeutend gehoben hat. Die Zahl der Besucher belief sich auf 5935 mit 6061 Auskünften gegen 5587 mit 5527 im Vorjahr. Es ist dies ein Zeichen des allgemeinen Vertrauens, den das Arbeitersekretariat genießt und sich trotz der Konkurrenz der christlichen Rechtsanwaltsstellen erhalten hat. Von denjenigen Personen, die das Sekretariat in Anspruch nahmen, waren 47 Prozent gewerkschaftlich organisiert, politisch 8 Prozent, was als sehr wenig bezeichnet werden muß. Ueber die verschiedenen Auskunftsgebiete wird in dem binnen kurzem erscheinenden gedruckten Jahresbericht ausführlich berichtet werden. Schriftsätze (d. h. Berufungen, Rekurse, Eingaben etc.) wurden 1118 angefertigt, schriftliche Vertretungen übernahm der Sekretär in 74 Fällen, persönliche in 177 Fällen. Nachdem Redner auch die sonstigen Vorkommnisse berührt hatte, schloß er mit dem Wunsche, das Sekretariat auch weiterhin unterstützen zu wollen.

Den Bericht der Kartellkommission gibt Genosse Dittmann. Sitzungen der Kartellkommission fanden 13 Delegiertenversammlungen 9 statt. Sitzungen mit anderen Vereinen und Korporationen sowie der verschiedenen innerhalb des Kartells bestehenden Kommissionen fanden 14 statt. Sechs öffentliche Versammlungen dienten der Agitation, wozu auch innerhalb bestehender Organisationen abgehaltene Versammlungen zu rechnen sind. Die Agitation, der ein großes Augenmerk gewidmet wurde, hatte leider keinen besonders großen Erfolg, so wurden z. B. die Arbeiter und Arbeiterinnen der Färberei Brühl für die Organisation mit circa 70 Mitgliedern gewonnen, gingen aber, trotzdem von seiten des Kartells alles getan wurde, den Bestand zu erhalten, durch den Druck und die „Liebenswürdigkeit“ der Unternehmer wieder verloren. Die Pfälzerergänzungsstelle ging ein, die Kellner und Diensthofen stehen den Organisationsbestrebungen unerbittlich gegenüber und wird es noch einige Zeit dauern, bis hier Brezche geschaffen ist. Gut hat sich die neugegründete Kellnerinnenorganisation entwickelt, die sich bei den Herren Wirten schon in Mespelt gefestigt hat, leider aber auf dem Wege zur Beseitigung des privaten Stellennachweises noch nicht weiter gekommen ist. Auch im Abtale, wo es so notwendig wäre, die Organisation unter den Textilarbeitern zu fördern, ist die darauf verwendete Mühe vergebens gewesen. Bei den Wahlen zum Landesgesundheitsamt und zur Handwerkerkammer ist der Vorschlag des Gewerkschaftskartells unterlegen. Dittmann hob am Schluß des Berichts das gute Zusammenarbeiten der Kommission hervor. Der Kassenbericht, erstattet von Genosse Mährig, ergab für das verlossene Jahr an Einnahmen 5778,85 M., Ausgaben 4637,96 M., ergibt einen Bestand von 1241,89 M. Beim Arbeitersekretariat betrug die Jahreseinnahme 4762,67 M., die Ausgaben 8856,35 M., so daß ein Kassenbestand von 906,32 M. verbleibt. Auf Antrag der Revisoren wird der Kasser entlastet. Die Diskussion ergab das volle Einverständnis der Delegierten mit den Maßnahmen der Kommission. Die Neuordnung der Kartellsitzungen bedingte auch eine Neubekennung der Kartellkommission. In diese wurden die schon berufenen Genossen gewählt. Die Arbeitersekretariatskommission besteht aus den Genossen Destreicher, Wöhlinger, Wolf und Philipp. Nachdem auch die anderen noch zu besprechenden Kommissionen gewählt waren, schloß der Vorsitzende Wlos die Generalversammlung mit Worten des Dankes an die Erschienenen.

Die Generalversammlung am 19. d. M. war sehr zahlreich besucht, was auch der Vorsitzende in seinen Begrüßungsworten hervorhob. Der 1. Punkt der Tagesordnung betraf die Geschäftsberichte des Sekretärs und des Vorsitzenden. Aus dem Bericht des ersteren war zu entnehmen, daß sich die Frequenz des Arbeitersekretariats auch im abgelaufenen Jahre wieder bedeutend gehoben hat. Die Zahl der Besucher belief sich auf 5935 mit 6061 Auskünften gegen 5587

mit 5527 im Vorjahr. Es ist dies ein Zeichen des allgemeinen Vertrauens, den das Arbeitersekretariat genießt und sich trotz der Konkurrenz der christlichen Rechtsanwaltsstellen erhalten hat. Von denjenigen Personen, die das Sekretariat in Anspruch nahmen, waren 47 Prozent gewerkschaftlich organisiert, politisch 8 Prozent, was als sehr wenig bezeichnet werden muß. Ueber die verschiedenen Auskunftsgebiete wird in dem binnen kurzem erscheinenden gedruckten Jahresbericht ausführlich berichtet werden. Schriftsätze (d. h. Berufungen, Rekurse, Eingaben etc.) wurden 1118 angefertigt, schriftliche Vertretungen übernahm der Sekretär in 74 Fällen, persönliche in 177 Fällen. Nachdem Redner auch die sonstigen Vorkommnisse berührt hatte, schloß er mit dem Wunsche, das Sekretariat auch weiterhin unterstützen zu wollen.

Den Bericht der Kartellkommission gibt Genosse Dittmann. Sitzungen der Kartellkommission fanden 13 Delegiertenversammlungen 9 statt. Sitzungen mit anderen Vereinen und Korporationen sowie der verschiedenen innerhalb des Kartells bestehenden Kommissionen fanden 14 statt. Sechs öffentliche Versammlungen dienten der Agitation, wozu auch innerhalb bestehender Organisationen abgehaltene Versammlungen zu rechnen sind. Die Agitation, der ein großes Augenmerk gewidmet wurde, hatte leider keinen besonders großen Erfolg, so wurden z. B. die Arbeiter und Arbeiterinnen der Färberei Brühl für die Organisation mit circa 70 Mitgliedern gewonnen, gingen aber, trotzdem von seiten des Kartells alles getan wurde, den Bestand zu erhalten, durch den Druck und die „Liebenswürdigkeit“ der Unternehmer wieder verloren. Die Pfälzerergänzungsstelle ging ein, die Kellner und Diensthofen stehen den Organisationsbestrebungen unerbittlich gegenüber und wird es noch einige Zeit dauern, bis hier Brezche geschaffen ist. Gut hat sich die neugegründete Kellnerinnenorganisation entwickelt, die sich bei den Herren Wirten schon in Mespelt gefestigt hat, leider aber auf dem Wege zur Beseitigung des privaten Stellennachweises noch nicht weiter gekommen ist. Auch im Abtale, wo es so notwendig wäre, die Organisation unter den Textilarbeitern zu fördern, ist die darauf verwendete Mühe vergebens gewesen. Bei den Wahlen zum Landesgesundheitsamt und zur Handwerkerkammer ist der Vorschlag des Gewerkschaftskartells unterlegen. Dittmann hob am Schluß des Berichts das gute Zusammenarbeiten der Kommission hervor. Der Kassenbericht, erstattet von Genosse Mährig, ergab für das verlossene Jahr an Einnahmen 5778,85 M., Ausgaben 4637,96 M., ergibt einen Bestand von 1241,89 M. Beim Arbeitersekretariat betrug die Jahreseinnahme 4762,67 M., die Ausgaben 8856,35 M., so daß ein Kassenbestand von 906,32 M. verbleibt. Auf Antrag der Revisoren wird der Kasser entlastet. Die Diskussion ergab das volle Einverständnis der Delegierten mit den Maßnahmen der Kommission. Die Neuordnung der Kartellsitzungen bedingte auch eine Neubekennung der Kartellkommission. In diese wurden die schon berufenen Genossen gewählt. Die Arbeitersekretariatskommission besteht aus den Genossen Destreicher, Wöhlinger, Wolf und Philipp. Nachdem auch die anderen noch zu besprechenden Kommissionen gewählt waren, schloß der Vorsitzende Wlos die Generalversammlung mit Worten des Dankes an die Erschienenen.

Auf die Wahl des Gefellenausschusses des Gewerbevereins.

Die heute Montag, abends von 1/7 bis 1/8 Uhr stattfindet, sei nochmals aufmerksam gemacht. Das Wahllokal ist im Landeskaserne a. m. Die Ausweise für die Wahlberechtigung sind von den Arbeitgebern zu verlangen.

Arbeiter-Diskussionsklub.

Der morgige Dienstagabend bringt einen Lichtbildervortrag, den Herr Direktorialassistent Prof. Dr. Max Wingenroth über griechische Bildwerke halten wird. Man sieht diesem Vortrag allgemein mit Spannung entgegen, sodaß der große Saal des Gemeindeparkes gewiß rasch besetzt sein wird. Der Saal wird um 1/8 Uhr geöffnet. Der Eintritt ist gegen Vorgeigen der Mitgliedsarten frei. Nichtmitglieder haben gegen Zahlung von mindestens 10 Pf. Zutritt. Die hohen Unkosten des Lichtbildervortrages bedingen die Veränderung des Eintrittssystems. Der niedrige Preis ist mit Rücksicht auf die Arbeiter gewählt. Für diejenigen, welche die Klubitzungen häufiger besuchen, empfiehlt sich der Beitritt (Monatsbeitrag 25 Pf.). Der Klub hat bereits über 250 Mitglieder. Die vordere Hälfte der Sitzreihen bleibt bis kurz vor Beginn für die Mitglieder vorbehalten.

Die Sitzungen des Schwurgerichts.

für das 2. Quartal 1903 beginnen Montag, den 6. April, vormittags 9 Uhr. Zum Vorsitzenden wurde Landgerichtsdirektor Dürr, zum stellvertretenden Vorsitzenden Landgerichtsrat D. Schick ernannt.

Die Vollversammlung der Handelskammer.

sprach sich aus: 1. für die Festhaltung an dem bestehenden Gebührentarif im Fernsprechwesen, namentlich an den Pauschalgebühren; 2. für eine baldige Reform des Börsegesetzes und gegen die Beschlüsse, die von der Kommission des Reichstags in der ersten Lesung des Gesetzesentwurfs gefaßt worden sind; 3. für weitere Schritte zur Förderung des Schieds- und Ueberweisungsverfahrens; 4. gegen die Errichtung von Detailistenkammern und von Handelsinspektionen; 5. für die Festlegung des Osterfestes auf den dritten Sonntag nach dem 21. März oder den ersten Sonntag nach dem 4. April; 6. gegen den dem Reichstags vorliegenden Entwurf eines Gesetzes über die Sicherung der Bauforderungen und für die Ergreifung folgender, vom Ausschusse des deutschen Handelstages vorgeschlagener Maßregeln: a) Verpflichtung des Bauunternehmers zur Ausführung; b) Verstrafung der Verletzung dieser Pflicht gemäß §§ 239 und 240 der Konkursordnung; c) Verbot der Verwendung von Baugeld zu anderen Zwecken als zur Tilgung einer Bauforderung; d) Verstrafung, wenn diesem Verbot zuwidergehandelt und dadurch ein Baugläubiger geschädigt wird. Weiter erklärte sich die Handelskammer gegen die Arbeitskammern.

Rintheim.

Vor etwa 10 Jahren fanden zwischen der Stadtgemeinde und dem Steinhauermeister Fr. Frei Verhandlungen statt, um direkt vom Friedhof nach der Rintheimerstraße eine Straße herzustellen, die aber nach langen Verhandlungen an dem Besitzer scheiterten. Jetzt, nachdem das

Straßenbahnprojekt Friedhof—Lullstraße nach Rintheim aufgetaucht ist, wollen die jetzigen Besitzer, die Baufirma Stolz u. Wohlwendt, unter der Bedingung, daß obiges Projekt zur Ausführung kommt, das zur Straße benötigte Gelände unentgeltlich abtreten, jedenfalls wohl, um immerhin noch ein gutes Geschäft zu machen. Wie sich die Zeiten ändern und die — Menschen.

\* Aus Ruppurr schreibt man uns: Auf den in Ihrem Blatte erschienenen Artikel betr. der Erhöhung der Weidepreise erklärte ich, daß die Worte: „den Wein haben wir bezahlt, die Arbeiter sollen sparen und wenn sie kein Geld zu Weiden haben, so sollen sie Brot essen,“ unklar sind. Betreffs der Preiserhöhung wurde mir von der Frau des Fabrikarbeiters Ludwig Furrer nachgerufen: „Jetzt können eure Bäder noch mehr Champagner trinken.“ Auf diese Worte gab ich zur Antwort: „Mein Mann hat weder von unserem noch von eurem Gelde Champagner getrunken.“ Dies war meine Antwort auf die von obengenannter Frau gemachten Angriffe. Ich erkläre nochmals, daß obengenannte Worte, die von mir gefallen sein sollen, unklar sind. Der Appell an die Arbeiter hätte unterbleiben können, da die Bäder nicht die Schuldigen sind an dem Steigen der Lebensmittelpreise. Nur durch die hohen Mehlpreise wurden sie zur Preiserhöhung getrieben.

\* Mehr Licht in Ruppurr und Rintheim. Nachdem sich in den Vororten Ruppurr die Hälfte und Rintheim fünf Achtel der Haushaltungen zum Bezug von Gas angemeldet haben, wurde die Direktion des städtischen Gaswerks beauftragt, Vorschläge für die Gasversorgung der genannten Vororte auszuarbeiten und vorzulegen.

\* Fußball. Vom herrlichsten Frühlingswetter begünstigt, waren die Fußballwettspiele des vergangenen Sonntags. F. C. Rhönig Ia. vermochte nach schönem, ruhigem Spiel gegen den Straßburger Fußballverein I mit 8:1 Toren zu gewinnen; Rhönig III siegte gegen Union I Karlsruhe mit 4:1 Toren. Unions Mannschaft zeigte recht gute Einzelleistungen.

\* Straßenbahnunfälle. Gestern Abend nach 6 Uhr wollte ein Mann auf der Kreuzung Wald- und Kaiserstraße vor einem vom Mühlburger Tor herkommenden elektrischen Straßenbahnwagen die Geleise überschreiten, wobei er von dem Wagen erfasst und zu Boden gemorren wurde. Der Wagenführer konnte den Wagen noch zum Stehen bringen, bevor die Leichten Verletzung am Unterschenkel davonkam. Den Wagenführer trifft keine Schuld. Der Vorgang verursachte eine größere Menschenansammlung.

Gestern Abend halb 6 Uhr lief ein 5jähriger Knabe in der Kaiserallee vor einen in voller Fahrt sich befindenden Straßenbahnwagen. Das Kind wurde umgeworfen und kam vor die Schutzvorrichtung zu liegen. Nur durch das entschlossene Handeln des Wagenführers, der den Wagen sofort zum Stehen brachte, wurde das Kind, das keine Verletzungen davontrug, gerettet.

\* Ein Drohlfenferd scheute gestern Abend nach Schluß des Theaters, wobei die Drohlfen umfiel, doch konnten sich die Insassen der Drohlfen (3 Damen), ohne Schaden genommen zu haben, retten. Dagegen wurde die Drohlfen stark beschädigt.

**Bereine und Versammlungen.**

Schiltach, 18. März. Am 15. ds. Mts. fand im Gasthaus zur „Sonne“ eine öffentliche Volksversammlung mit dem Thema: „Die politische Lage in Baden“ statt. Das Referat hatte Landtagsabgeordneter Gen. Süßkind übernommen. In 1½stündigem, gut durchdachtem Vortrag, führte der Redner den zirka 100 Anwesenden, die wichtigsten Vorgänge in der badischen Politik vor Augen. Eingangs der Rede kritisierte er die badischen Minister und ihren Einfluß, den dieselben auf die badische Politik, sowie auf das gesamte Wirtschaftsleben unseres Landes ausüben. Ferner beleuchtete der Redner die regierungsfreundlichen Parteien, wobei er nicht verschied, die Doppelzüngigkeit des Zentrums ins rechte Licht zu stellen. Die Schlußfrage, sowie das Gemeinwohl wurden von dem Redner in eingehender Weise behandelt. Daß es der Redner vorzüglich verstanden hatte, mit seinen Ausführungen die Zuhörer zu fesseln, bewies die allgemeine Aufmerksamkeit. Zum Schluß forderte der Referent die Anwesenden auf, diejenige Partei in jeder Beziehung zu unterstützen, die die Interessen der Allgemeinheit, insbesondere aber der Arbeiterschaft, so kräftig wahrnehme. Der Appell, sich der Sozialdemokratie anzuschließen, fand bei einem Teil der Versammelten Anklang, denn es zeigten sich so viele in die ausgelegten Beitrittscheine ein, daß wir einen sozialdemokratischen Wahlverein gründen können.

Möge es sich jezt ein Jeder zur Pflicht machen, seine Nebenarbeiter für unsere Sache zu gewinnen, dann wird der Kampf des Proletariats auch hier seine guten Früchte tragen und der 15. März 1908 wird ein Ehrentag sein, für die Schiltacher Arbeiterschaft.

Huldenhof, 18. März. Schwachen Besuch wies die letzte Monatsversammlung des sozialdem. Vereins auf. Gen. Meibner-Radolfzell erstattete Bericht vom Parteitag in Offenburg, wofür ihm ungeteilter Beifall gezollt wurde. Der Vorsitzende forderte die Mitglieder auf, recht tüchtig für unsere Ideen zu agitieren, damit auch bei uns ein Vorwärtsschreiten konstatiert werden könne. Auch forderte er die Mitglieder auf, den „Volksfreund“ zu abonnieren, da eine gute Zeitung die beste Waffe gegen die Gegner ist.

Immendorf, 18. März. Am Sonntag, 15. März, abends 9 Uhr, fand hier im Gasthaus zum „Kreuz“ eine öffentliche Volksversammlung statt, bei der Gen. Grahl aus Trieburg über die Tätigkeit der Liberalen, des Zentrums und der Sozialdemokraten im Land- und Reichstage sprach. Die Versammlung war sehr gut besucht und mußten sich viele mit Stuhlplätzen begnügen. Die Ausführungen des Gen. Grahl wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen und sind hier der Uebersetzung, mit dieser Versammlung wieder einen Fortschritt für unsere Sache gemacht zu haben.

**Neues vom Tage.**

München, 22. März. Zum Fall Roschel. Die Verhandlung gegen den Schuhmann Ulrich Schauer wegen Körperverletzung mit Todesfolge ist auf Donnerstag, 9. April, vor dem hiesigen Schwurgericht angelegt, und vorerst sind drei Tage dafür in Aussicht genommen.

Essen, 21. März. Das Schwurgericht verurteilte gestern den Warenhausbesitzer Max Nathan wegen wissentlichen Meineides in 2 Fällen zu 1 Jahr 2 Monaten Zuchthaus. Die Straf-

anträge wegen fälscher Angriffe auf weibliche Angestellte, begangen in 6 Fällen, wurden von der Staatsanwaltschaft zurückgezogen.

Dresden, 21. März. Heute früh 7 Uhr brach in dem Hause „Zu den drei Mohren“, Neuschloßstraße, Feuer aus. Den Insassen war, da die Treppen lichtlos brannten, der Rückweg abgeschnitten. Einige Personen konnten von der Feuerwehr nur mit größter Mühe gerettet werden. Der Schaden ist bedeutend, da ein großes Tuchlager verbrannte. Nach anderthalbstündiger Tätigkeit gelang es der Feuerwehr, dem Brande Einhalt zu tun.

Berlin, 23. März. Gestern Nachmittag kurz vor 2 Uhr wurde der Möbelhändler Sigmund Bernstein in seiner Wohnung im 1. Stock der Stralauerstraße Nr. 44 von einem bisher noch Unbekannten überfallen und am Kopfe schwer verletzt. Es handelt sich um einen Raubmordversuch. Bernstein ist zurzeit noch nicht vernehmungsfähig. Es steht fest, daß zur Zeit der Tat ein Mann bei Bernstein gewesen ist, der Möbel zu seiner angeblich bevorstehenden Verheiratung kaufen wollte. Der Polizeipräsident setzt eine Belohnung von 1000 M. auf die Ermittlung des Täters aus.

Gestern wurden von der hiesigen Kriminalpolizei die Juwelendiebe verhaftet, die am 31. Jan. ds. J. in Schwabmühl-Gmünd Schmuckfächer im Werte von 120 000 M. erbeuteten. Der geistige Urheber der Tat ist ein ehemaliger Angestellter des Verarbeitenden, der extra nach Berlin fuhr, um zu der von ihm geplanten Tat einen Einbrecher zu suchen, den er dann auch in der Person eines gewissen August Langfeld fand. Durch den hiesigen Schankwirt Guse und dessen Bruder Albert wollte der Antifiter, dessen Name Richard Kaufmann ist, die Schmuckfächer verkaufen, wurde hierbei aber in seiner Wohnung in der Lotzingerstraße verhaftet.

Saubengel. Die „Frankf. Ztg.“ schreibt: Die parlamentarische Ausdrucksweise ist um diese duftige Blüte bereichert worden, die dem Munde des Reichstagsabgeordneten Gröber entsprossen ist. Die Parlamentsberichterstattung, auf die jener Ausbruch gemünzt war, und die vom Präsidenten nicht sofort die gebührende Satisfaktion erzielten, haben das einzige getan, was sie tun konnten, sie haben die Tribüne verlassen und bis auf weiteres die Berichterstattung eingestellt. Aufregen werden sie sich über den Herzerguß des Herrn Gröber nicht, es redet jeder, wie ihm der Schnabel gewachsen ist, und was das Herz voll ist, des geht der Mund über. Der eine ist wohlgezogener Mensch, der andere ist — gröber. Der Streik der Parlamentsberichterstattung ist aber keineswegs ein Novum. Der letzte hat unseres Erinnerns in Budapest stattgefunden, als Baron Vanffy, damals noch Präsident des ungarischen Abgeordnetenhauses, den Haupteingang des Reichstagsgebäudes für die Journalisten sperren und ihnen einen Weg über eine Souvertrentreppe anwies. Sämtliche hauptstädtische Blätter stellten darauf den Parlamentsdienst ein und ließen sich auch durch keinerlei Bemühung bewegen, die Solidarität gegenüber dem Präsidenten zu brechen. Das Ende war eine glänzende Satisfaktion, die Bekerte, auch damals Ministerpräsident, den Journalisten bereitete. Banffy wurde in öffentlicher Sitzung desaboviert, der Haupteingang und die Couloirs den Journalisten wieder geöffnet und wie ein lustiger Abgeordneter dann vergnügt ausrief: die Herren Volksvertreter waren nicht mehr „stumme Gänse“.

Zwei Pfund Eisen im Magen. Eine eigenartige Operation hat der Hirscherberger Chirurg Sanitätsrat Dr. Widdendorp in seiner Privatklinik an einem aus Bunzlau stammenden, noch nicht ganz 16jährigen Mädchen vorgenommen. Bei der Patientin hatte sich der „Schief. Ztg.“ zufolge im Unterleibe ein Eisen eine große Geschwulst gebildet. Nach Oeffnung der Geschwulst fand man darin 1410 einzellige Nadeln, 160 krummgebogene Stednadeln, 70 doppelgepigte Nadeln, 7 Nadelstöpfe und 4 Glasplättchen. Die Fremdkörper hatten ein Gesamtgewicht von zwei Pfund. Das Mädchen, das anscheinend einen guten Appetit besitzt, hat die Operation gut überstanden.

**Letzte Post.**

**Der Journalistenstreik.**

Der Streik der Reichstagsjournalisten dauerte auch am Samstag fort. Die Verhandlungen, die mit dem Präsidenten Grafen Stolberg in Gegenwart des Abg. v. Hertling und des Abg. v. Normann geführt worden waren, zerfielen sich. Der Freiher v. Hertling, der bekante Zentrumsdiplomate, machte den Vorschlag, die Journalisten möchten zunächst Herrn Gröber gegenüber ihr Bedauern über die auf der Tribüne vorgekommenen Störungen ausdrücken, danach — und zwar in dieser chronologischen Reihenfolge — würde Herr Gröber erklären, daß er unter dem Ausdruck des Bedauerns seine beleidigende Aeußerung zurückziehe. Dieser Vorschlag der Pressevertreter wurde in einer Zusammenkunft der Journalisten mit 84 gegen 2 Stimmen abgelehnt. Eine aus drei Mitgliedern bestehende Kommission wurde ferner ermächtigt, in neue Verhandlungen einzutreten, in der Richtung, daß Herr Gröber zunächst seine Worte öffentlich mit dem Ausdruck des Bedauerns zurücknimmt; danach würden die Journalisten sich gern bereit erklären, zu versichern, daß niemand sein und seiner Freunde religiöse Gefühle habe verletzt wollen.

Auch der Reichskanzler hat unter dem Streik zu leiden. Da heute Montag die Beratung des Etats des Reichskanzlers beginnen soll, würde die Verhandlung vollkommen ins Wasser fallen, wenn eine Verständigung bis dahin nicht erzielt wäre. Unter diesen Umständen befürchtet der Reichskanzler, daß er für das, was er zu sagen hat, nur eine ungenügende Resonanz haben würde; es ist Samstag Morgen sein Adlatus, Unterstaatssekretär Böbell, beim Grafen Stolberg gewesen, der scheinbar ebenfalls seine ablehnende Haltung aufgegeben und sich zu größerem Entgegenkommen bereit erklärt hat.

Die Journalisten- und Schriftsteller-Vereine von Karlsruhe und Mannheim haben den Reichstagsjournalisten Kundgebungen der Sympathie übermittelt, für ihr entschlossenes Verhalten anlässlich der Beleidigung aus der Mitte des Reichstages.

Dem Beschluß der Parlaments-Journalisten entsprechend nehmen die meisten Morgenblätter von den Reichstagsberichterstattungen keine Notiz. Nur die „Germania“ bringt einen vollständigen Bericht. Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ und die „Kreuzzeitung“ veröffentlichen die gefassten

Beschlüsse und die Regierungserklärung, die „Kreuzzeitung“ außerdem ein von der konservativen Fraktion ausgegebenes kurzes Resümee der gestrigen Sitzung. Darnach wurden die Etats für Ostafrika, Kamerun, Togo, Südwestafrika, Neu-Guinea und die Karolinen-Inseln angenommen. In der Sitzung am Samstag wurde der Etat für Kiautschou beraten. (Die „Bad. Presse“ bringt es auch in diesem Falle fertig, in Streikbruch zu machen. Am Samstag veröffentlicht sie in ihrer Abendausgabe auf der 1. Seite die Sympathie-Resolution des Karlsruher Journalistenvereins, auf der 2. prangt hübsch munter der übliche, ziemlich ausführliche telegraphische Reichstagsbericht mit Nennung der Namen der Redner. Dieses widerspruchsvolle Verhalten charakterisiert das unparteiische Blatt wieder einmal in seiner ganzen Erbärmlichkeit.)

Berlin, 23. März. In Sachen des Journalistenstreiks hat gestern der Reichskanzler mit dem Grafen Stolberg eine längere Besprechung gehabt, worauf in Laufe des gestrigen Vormittags die Dreier-Kommission der Reichstags-Journalisten mit dem Grafen Stolberg verhandelte und diese Verhandlungen heute Vormittag 11 Uhr im Reichstag fortsetzen wird. Aus dem In- und Auslande laufen fortgesetzt zahlreiche Sympathie-Kundgebungen für die streikenden Reichstags-Journalisten ein.

**Die Affaire Schnitzer.**

München, 21. März. Die dem Professor Schnitzer gestellte Frist zur Widerruf seiner Lehre ist abgelaufen. Schnitzer erklärte, ohne seinem Gewissen Zwang anzutun, nicht widerrufen zu können. Er glaube, das reine Wort gelehrt und geschrieben zu haben. Zweifellos wird über Schnitzer der große Kirchenbann verhängt werden.

**Ein patriotischer Defraudant.**

Der Rentant der Ortskrankenkasse für den Landkreis Frankfurt a. M. ist, wie schon mitgeteilt, nach Unterschlagung von 50 000 M. verhaftet worden. Da der Reichsligenverband vielleicht dieses Vorkommnis umzudrehen und den verhafteten Sozialdemokraten aufzuhängen, wollen wir konstatieren, daß die oben erwähnte Kasse mit der von unsern Genossen geleiteten Allgemeinen Ortskrankenkasse Frankfurt a. M. nichts zu tun hat. Das Bureau der Kasse für den Landkreis Frankfurt a. M. ist im Polizeipräsidium untergebracht und der Defraudant ist ein guter Patriot. — Er begann mit den Defraudationen schon vor 5 oder 6 Jahren. Im Kasernenstr. fand man nur einen geringen Betrag, außerdem Liebesbriefe und Photographien von Damen.

**Strafen gegen Wahlrechtskämpfer.**

Solingen, 21. März. Das hiesige Schöffengericht verhandelte heute gegen 22 Wahlrechtsdemonstranten vom 12. Januar wegen „Aufforderung zur Teilnahme an nicht-genehmigtem Umzug“ respektive wegen Teilnahme und groben Unfugs. 19 Angeklagte erhielten 9 bis 21 M. Geldstrafe, einige Gefängnisstrafe von einer bis zwei Wochen, drei wurden freigesprochen.

**Der Wahlrechtskampf in Sachsen.**

Dresden, 20. März. Heute beschäftigte sich die Arbeiterschaft Dresdens in neun großen Volksversammlungen mit der Wahlrechtsfrage. Sämtliche Versammlungen waren überfüllt. Es fanden 30 000 Personen auf den Beimen gewesen sein, doch fanden nicht alle Einlass in den Lokalen, die zum Teil abgesperrt waren. Eine gleichlautende Protestresolution wurde in allen Versammlungen angenommen. Trotz eines großen Polizeiaufgebots verlief die Demonstration ohne Zwischenfälle.

**Bei den Märzgefallenen.**

Berlin, 23. März. Die Gräber der Märzgefallenen im Friedrichshain wurden gestern als dem 60. Gedenktage von zirka 10 000 Personen besucht. Kränze wurden nicht niedergelegt, auch kam es zu keinen Demonstrationen.

**Stöbel inhaftiert.**

Paris, 22. März. Nach einer Petersburger Meldung des „Matin“ hat die erfolgte plötzliche Inhaftierung des Generals Stöbel einen peinlichen Eindruck gemacht, weil man noch immer auf seine Weggangung hoffte. Stöbel hat seine Zelle neben derjenigen Nebogatoms erhalten. Auch steht ein kleiner Garten dem General zur Verfügung. Frau Stöbel war es gestattet worden, die Zelle für ihren Gatten zu möblieren.

**Der Diktator wieder in Portugal.**

Lissabon, 22. März. Wie die Blätter berichten, ist der frühere Ministerpräsident Franco nach Portugal zurückgekehrt. Die Regierung hat die erforderlichen Maßnahmen zu seinem Schutz getroffen. — Das wird wohl auch nötig sein.

**Vereinsanzeiger.**

Freiburg. (Soziald. Verein.) Dienstag, 24. März, abends halb 9 Uhr, Mitgliederversammlung bei Sants. Vortrag von Genosse Engler über „Arbeiterkammern“. Um zahlreiches Erscheinen bittet. 1283 Der Vorstand.

**Briefkasten der Redaktion.**

Vernau. Artikel betr. Stammgast nicht geeignet, da öffentliches Interesse dafür nicht vorliegt.

**Briefkasten des Arbeiter-Sekretariats.**

S., Vietingheim. Der Betrieb ist versicherungspflichtig. Der Umstand, daß die betr. Arbeiter angeblich 2-3 Tage umsonst arbeiten, ändert daran nichts. J. B., Bischweiler. Nach § 46 Abs. 3 der Gemeindeordnung sind die Verhandlungen des Bürgerausschusses öffentlich. Sie können also den Verhandlungen als Zuhörer antwohnen. W. J. 1908. Sie kommen über die Schwierigkeiten am schnellsten weg, wenn Sie sich die badische Staatsangehörigkeit erwerben und dann die weiteren Schritte zur Verehelichung unternehmen. Sie brauchen zwecks Erwerbungsweis und ein Verbandszeugnis; ersteren verlangen Sie bei dem zuständigen bayerischen Bezirksamt, das letztere bei dem Bürgermeister Ihres Wohnortes. Sobald Sie diese Papiere haben, suchen Sie um Aufnahme in den badischen Staatsverband nach. Die Ihnen ja nach Art. 3 der Reichsverfassung nicht verweigert werden kann. Vom Bezirksamt Offenburg erhalten Sie dann die Staatsbürgerurkunde, die nebst Geburtschein, Aufenthaltsbescheinigung und Militärparieren dem Standesbeamten vorzulegen ist, worauf letzterer dann das Anzeigebefolgen kann. Das Unterhaltungsblatt liegt der morgigen Nummer bei.

Seite 6. Soziale Mitt... 1. W... 2. Fort... Bei d... Besch... Deuts... Marktgr... Bl... Am 1... nach 6 Uhr... Falmen... der Weid... Tages... mit dem... Tarifbetri... Das G... 1942 Deuts... Donnerste... „Die R... Eintritt frei... Im An... lung statt... neuerung... Miete... Wir bit... Revision u... abzugeben... Dividen... genommen... Bud... Der Ar... wir uns g... schüren u... Die Grund... Wirtschaft... sein. 20... Sozialdemo... b. J. Die... Die Sozial... der Kultur... Kampfmet... Wissen u... Neue Auf... Darwins... Lubn. Ant... Die mater... auffassung... 25 Pf... Sozialistis... träge u. P... Der Kampf... ton Bann... Partei... Die erste... fällen u. D... Das erste... Silberstein... Gelehrten... schens b... Der Achtund... 30 Pf... Alkoholfrage... v. Dr. Fröh... Das Schül... 20 Pf... Nahrung... Dr. Chajes... Wie sollen... u. Dr. P... Der Arbeiter... Epstein. D... Som u. d... d. Dr. Graf... Die Jugend... Ihre Organi... 20 Pf... Der Jesus... Bedernmen... Anst. 15... Waren die... Sozialisten... Das wahre... Feind von... schaft. 15... Was haben... Sententum... 20 Pf... Die wahre... tums v. N... N.B. Ein... des Monats... vorzulegen. Bef... Duchhan... Sämtliche... geliefert. De... zung in Brief...

Sozialdemokr. Verein Karlsruhe

Mittwoch den 25. ds. Mt., abends halb 9 Uhr, in der Restauration Wülflein, Kaiserstraße

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung: 1. Wahl der Prekominmission für den Volksfreund. 2. Fortsetzung der Debatte aus der letzten Versammlung.

Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung erwidert starken Besuch

Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiterverband

Markgrafenstraße 26, Karlsruhe. — Telephon 2098.

Blechner und Installateure.

Am kommenden Montag den 23. März, abends gleich nach 6 Uhr, findet im Nebenzimmer der Restauration „zum Falmen“...

allgemeine Versammlung

der Blechner und Installateure statt. Tagesordnung: Bericht über die zweite Verhandlung mit den Arbeitgeberern...

Das Erscheinen aller Kollegen ist unbedingt notwendig. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Verein f. Volkshygiene

Donnerstag den 26. März ds. Jz., abends halb 9 Uhr, im großen Rathssaal

Vortrag

des Herrn Dr. med. Pertz-Karlsruhe

„Die Rückgratsverkrümmungen unserer Kinder, ein Mahnwort an Eltern und Lehrer“

Eintritt frei für Jedermann. Auch Damen sind freudl. eingeladen. Zum Anchluss an den Vortrag findet die Generalversammlung statt...

Mieter- u. Bauverein Karlsruhe

Wir bitten unsere verehrl. Mitglieder die Einlagebücher zur Revision und Dividendengutachten in unseren Geschäftsräumen abzugeben.

Der Vorstand.

Buchhandlung Volksfreund

Luisenstraße 24.

Der Arbeiterschaft von Karlsruhe und Umgebung empfehlen wir uns zur Besorgung sämtlicher Bücher, Zeitschriften, Broschüren und Bilder.

Die Grundbedingungen des Wirtschaftslebens v. Ed. Bernheim. 20 Pf.

Sozialdemokratische Philosophie v. J. Diegen. 30 Pf.

Die Sozialdemokratie im Lichte der Kultur- und Sozialwissenschaft v. Paul Kampffmeyer. 50 Pf.

Wissen ist Macht, Macht ist Wissen v. Wilhelm Diehl. 30 Pf.

Darwins Leben und Lehre v. Rudw. Ankenbrand. 10 Pf.

Die materialistische Gesichtsauffassung v. Herrn Greulich. 25 Pf.

Sozialistische Literatur, 2 Vorträge v. Paul Bonet. 15 Pf.

Der Kampf der Arbeiter v. Anton Pannasch, Lehrer an der Parteischule zu Berlin. 20 Pf.

Die erste Hilfe bei Unfallfällen v. Dr. Christel. 20 Pf.

Das erste Lebensjahr v. Dr. Silberstein. 20 Pf.

Gesundheitspflege des Nervensystems v. Dr. Hirsch. 20 Pf.

Der Achtundzwanzig v. Dr. J. J. J. 20 Pf.

Alkoholfreie und Arbeiterklasse v. Dr. Fröhlich. 20 Pf.

Das Schulkind v. Dr. Silberstein. 20 Pf.

Nahrung und Ernährung v. Dr. Chajes. 20 Pf.

Wie sollen wir uns kleiden? v. Dr. B. Bernheim. 10 Pf.

Der Arbeiterkampf v. Dr. M. Epstein. 20 Pf.

Der edelsteinsten Aberglauben v. Dr. Ernst Heßing. 20 Pf.

Die jugendlichen Arbeiter und ihre Organisation v. Dr. Frank. 20 Pf.

Der Jesus Gott, Mensch oder Dämon? v. Dr. E. Roth. 15 Pf.

Sollen die Arbeiter wirklich Sozialisten? 15 Pf.

Das wahre Christentum als Feind von Kunst und Wissenschaft. 15 Pf.

Was haben die Armen dem Christentum zu verdanken? 20 Pf.

Die wahre Gestalt des Christentums v. A. Veibel. 50 Pf.

NB. Eine größere Partie freie Stunden, Neue Zeit und des Monatshefte zur Ergänzung älterer Jahrgänge sind noch vorrätig. Bestellungen wolle man adressieren:

Buchhandlung Volksfreund, Luisenstraße 24.

Sämtliche Broschüren und Werke werden prompt ins Haus geliefert. Bei Bestellungen nach auswärts wolle man den Betrag in Briefmarken mit Porto einsenden.

„Das ist wahr!“

daß sich neuerdings Kathreiners Malzkaffee-Fabriken eine unglaubliche Uebertreibung leisten, indem sie allen Ernstes öffentlich in der Zeitung bekannt machen, kein anderer Malzkaffee komme ihrem Fabrikat gleich.

Malzkaffee „Marke Turmberg“

Wir überlassen das Urteil über beide Marken ruhig dem kaufenden Publikum, das für uns der allein maßgebende Richter ist. Wir wollen es aber verhindern, daß das Publikum zu seinem eigenen Nachteil durch Veröffentlichung unwahrer Behauptungen und übertriebenen Selbstlobs seitens Kathreiners Malzkaffee-Fabriken einseitig beeinflusst wird.

Durlacher Malzfabrik in Durlach (Baden)

Aus unseren direkten Waggons:

- Spanische Blut-Orangen
ausgereifte süße Frucht,
mittel per St. 5
Dugend 55
große per St. 7
Dugend 75
extra große St. 8
Dugend 90
Tafeläpfel
8 Pfund 45
10 Pfund 1.40

Pfannkuch & Co.

Neu eröffnet: Rastatt.

Zwei guterhaltene, frisch aufgearbeitete Seegrasmatratzen sind für 18 M. zu verkaufen.

Zur Bereitung eines vorzügl. Glühweins geg. Influenza empfehle ich meine garantiert natürlichen

Prima Rotweine 48 Pfg.

Spanische Weinhandlung Magin Mayner & Co.

- Schillerstr. 23
Lessingstr. 29
Rheinstr. 45
Ruppurrerstr. 14
Durlacherstr. 38
Durlach: Hauptstr. 32
Bruchsal: Am Markt 3
Pforzheim: Bleichstr. 22
Gymnasiumstr. 128

Zur großen Putzerei

- Ausnahmspreise in Ia.
Fussboden-Glanzack
45
Silte-Fussbodenöl
32
Fensterleder
50
Putztücher
19

Philipp Luger u. Filialen

Karlsruhe, Durlach und Umgebung.

Es interessiert Sie gewiß, meine Damen, zu erfahren, daß ich das Modernisieren alter Silte als Spezialität betreibe.

!! Achtung !!

Da die Städtische Broden-Sammlung ihre geschnitt. Broden wieder an arme und reiche Leute verkauft, so bitte ich, wer solche hat, seine Adresse an mich zu senden, zahle bar, hole selbst ab.

Fahrrad-Reparaturen

Zur Maifeier 1908 bringen wir unser zur Beschäftigung gemachter Textilarbeiter gegründetes Fabrikationsgeschäft für Vereins- und Festabzeichen, Maifest- und reichhaltige Ausführung in sinnreicher Ausführung...

Wemlich gute Gewinne

von M. 500, 400, 200, 100 usw. kamen aus der Luftschiffer, Berliner, Münchener und Donaueschinger Lotterie in meine Kollekte. Deshalb offeriere wieder: Weimar, Hamilton, Waimarkt und Altenburger à 1.—, 11 St. = 10, Freiburger à 3.00, ferner alle sonst staatlich genehmigten Lose.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburten vom 10.—16. März: Frieda Maria, Vater Johannes Holz, Milchhändler. — Oskar Friß, Vater Fritz Langebartels, Kaufmann. — Adolf, Vater Georg Faig, Monteur. — Josef, Vater David Hagenauer, Metzger. — Hermann Karl, Vater August Bastian, Tagelöhner. — August Wilhelm, Vater August Roe, Postkassierer. — Willi Jakob, Vater August Reichardt, Schlosser. — Karl, Vater Leo Pfeifer, Bierführer. — Katharina Erna, Vater Kurt Feuchter, Zahntechniker. — Maria Luise Wilhelmine, V. Jakob Fecht, Kaufmann. — Anna, V. Eduard Brecht, Steinhauer. — Julius Josef, V. Ferno Velli, Handelsmann.

Standesbuchauszüge der Stadt Durlach.

Geburten vom 12.—18. März: Mathilde Auguste, Vater Karl Lang, Schreiner. — Oskar Emil, Vater Christian Schmidt, aArmschleifer. — Adolf Gustav, Vater Gustav Adolf Strauß, Fabrikarbeiter. — Erna, Vater Franz Grub, Schlosser. — Robert Josef, Vater Reinhard Heinrich Grethel, Birt. — Albert Emil, Vater Wilhelm Wehinger, Werkzeugschlosser. — Karl Adolf, Vater Johann Leonhard Denner, Schreiner.

# Sonder-Angebot

Von Montag, 23. März bis inkl. Samstag, 28. März.

Von Montag, 23. März bis inkl. Samstag, 28. März.

# zum Umzug

**Gardinen weiss oder crème**  
schmal, neueste Dessins Meter 1.10, 90, 75, 58, 45, 32, 25 Pfg.  
breit, reichhaltigste Muster-Auswahl nur vorzügliche Qualitäten Meter 2.25, 1.95, 1.70, 1.25, 90, 75, 68 Pfg.  
abgepasst, in hochfeinen Zeichnungen, dauerhafte Qualitäten Paar 13.—, 11.80, 9.25, 7.50, 6.45, 5.25, 2.90 Mk.

**Erbstüll-Stores**  
in eleganter Ausführung.  
Stück 29.50, 24.—, 19.—, 16.50, 11.50, 9.—, 4.80 Mk.

**Bettdecken**  
aus Erbstüll:  
über 1 Bett 18.—, 13.50, 10.80, 8.25, 5.50 Mk.  
über 2 Betten 44.—, 38.50, 26.—, 17.50, 10.75 Mk.  
engl. Tüll:  
über 1 Bett 7.50, 5.90, 4.80, 2.95 Mk.  
über 2 Betten 10.25, 6.50, 5.80, 4.90 Mk.

**Congressstoffe**  
schmal, weiss oder crème Meter 72, 65, 55, 48, 35, 28 Pfg.  
breit, weiss od. crème, glatt od. gestreift 105 cm breit M. 1.10, 95, 75, 60, 52 Pfg.  
schmal, mit farbigen Streifen Meter 70, 65, 60, 58, 45, 32, 28 Pfg.  
breit, mit farbigen Streifen Meter 1.25, 1.10, 95 Pfg.

**Brisebises**  
Erbstüll, Paar 4.25, 3.60, 2.90, 1.95, 1.40  
engl. Tüll, Paar 2.10, 1.75, 1.45, 1.20, 95 Pfg.  
Stückware pr. Mtr. 3.25, 2.45, 2.20, 1.75, 1.30 Mk.

**Betrückwand**  
Erbstüll, reiche Muster-Ausführung  
34.—, 29.50, 26.—, 24.—, 21.50, 13.50 Mk.

**Messinggarnituren**  
für Betrückt看wand, bestehend aus 220 cm mess. Stange 80 mm stark, eleg. Trägern und Ringen, 22.—, 14.50, 11.25 Mk.

**Madrasstoffe**  
schmal, aparte Muster und Farbstellungen Meter 1.05, 90, 80, 68 Pfg.  
breit, originelle Zeichnungen 130 cm breit Mtr. 2.25, 1.60, 1.35 Mk.  
80 cm breit Mtr. 1.10 Mk.  
Madrasstores, grosse Auswahl Stück 12.—, 10.—, 8.25, 6.80, 4.90 Mk.  
Madrasgarnituren, bestehend aus 2 Flügel, 1 Querstück, Garnit. 10.80 Mk.

**Porfierenstoffe**  
rot oder grün, mit neuesten Bordüren. Mtr. 1.70, 1.25, Mk., 95, 78, 60, 42 Pf. uni rot oder grün Mtr. 1.50 Mk.  
abgepasste Portieren, Par 10, 7.50, 5.90 Mk.

**Leinenplüsch**  
vorrätig in rot, grün, blau, kupfer, ca. 180 cm breit Mtr. 3.25, 2.95 Mk.

**Diagonal-Molton**  
ca. 180 cm breit Mtr. 1.15 Mk.

**Storesstoffe**  
Cöper, 180 cm breit Mtr. 1.80, 1.15, Mk. 82 cm breit Mtr. 75, 68 Pfg.  
Damast, altgold, vorzüglich in Farbe 180 cm breit Mtr. 1.95, 1.65, 1.45 Mk. 84 cm breit Mtr. 1.10, 85 Pfg.  
Cöperstoff mit bekurbelter Bordüre, speziell für Doppelfenster, 130 cm breit in crème, Mtr. 1.60 Mk.  
Cöperstores, Stück 8.50, 6.25, 4.80, 3.25, 1.60 Mk.

**Galerie-Borten**  
Fantasie-Borten Mtr. 68, 55, 48, 35 Mk.  
extra breite Borten Mtr. 1.25, 98, 75 Pfg.  
Filtzuch-Borten, neueste Dessins, grosse Auswahl rot, grün, blau und kupfer Mtr. 2.25, 1.90, 1.20 Mk., 95, 80, 65 Pfg.  
Gobelin-Borten, reichhaltiges Sortiment in diversen Breiten, Mtr. 3.25, 2.40, 1.90, 1.80 Mk., 98, 80, 65, 42 Pfg.  
Leinen-Borten Mtr. 2.95, 2.25, 1.70, 1.10, 85 Pfg.

Auf Möbel-Bezüge wie Fantasie-Stoffe Moquettes **10%**

**Linoleum**

60 cm	67 cm	90 cm	110 cm
70, 85 s	98 s	1.20 M	1.10, 1.40 M
1.50, 1.65 M	800 cm		
180 cm	200 cm	250 cm	300 cm
2.10, 2.30 M	2.80, 3.20, 3.70 M	4.50, 5.25 M	5.20, 6.10 M

**Gelegenheits-Kauf!**

200 cm breit, bedruckt p. Hd. Mtr. 2.30 M  
200 " " Inlaid " " " 6.50 "

**Inlaid-Teppiche**  
hübsche Muster und Farben  
300 cm x 200 cm gross, St. 24.50, 19.80 M  
Vorlagen 1.10 Mk., 85, 68, 42, 28 Pfg.

Auf Tür- u. Fenster-Garnituren in Filztuch, Tuch, Leinen, Plüsch und Velvet, neue, aparte Dessins **10%**

**Stieppdecken**  
doppelseitig mit Wollfüllung, Handarbeit Stück 22.50, 19.80 M  
doppelseitig mit Wollfüllung, Maschinenarbeit Stück 20.80, 17.50 M  
doppelseitig aus vorzüglichem Material Stück 18, 16.50, 13.60, 11.25, 9.50 M  
einseitig mit Jaconet-Futter Stück 15.60, 13.75, 10.90, 9.50, 6.25, 3.75 M

**Tischdecken**  
Filztuch, rot oder grün, grosse Auswahl Stück 12, 10.50, 7.60, 5.25, 4.80, 1.60 M  
Tuch, in gangbaren Farben, mit reicher Applikation Stück 85, 24, 19.50, 14.—, 12.25, 8.50, 5.80 M  
Woll- und Mohairplüsch Stück 38, 26.50, 22, 19.80, 15, 10.50, 8.25 M  
Fantasie-Decken Stück 8.50, 6.25, 5.50, 4.30, 3.25, 2.90, 1.40 M

**Chaise-longue-Decken**  
Moquette, hochmoderne u. Perser-Muster, 160/300 cm gross Stück 29.50, 26.—, 23.80 M  
Fantasie-Decken, doppelseitig 150/300 Stück 22, 18.50, 16.50, 12.25, 10.75 M  
Fantasie-Decken, eins., 140/380 cm gross Stück 10.80, 9.50, 7.90 M  
Imitierte Kelims etc., 2 Seiten mit Franze, Stück 22.50, 19.50, 17.—, 9.25 M

**Waffeldecken**  
weiss, mit Fransen Stück 4.25, 3.50, 2.80, 1.95 M  
weiss, geb., St. 6.50, 5.25, 4.60, 3.80 M  
farbig mit Fransen, Stück 7.25, 5.10, 3.60, 2.25 M  
farb., ges., Stück 11, 9.75, 8.50, 7.75 M

**waschbare Tischdecken**  
mit Franse Stück 4.80, 3.25, 2.60, 1.95, 1.25, 95 s  
ohne Franse Stück 3.50, 6.25, 4.75, 3.45, 2.80, 1.60 M

**Bett-Vorlagen.**  
Axminster, Stück 6.50, 4.60, 3.50, 2.30, 1.80 M  
Tapestry, sehr dauerh., St. 3.25, 2.30 M  
Velours, vorzügliche Qualitäten, St. 5.50, 4.75, 3.80 M  
Tournay-Velours (durchgewebt) grosse Vorlage, St. 6.50, 5.80 M

**Tür-Vorlagen.**  
Stück 2.75, 2.25, 1.50 M, 95, 72, 42 s

**15% Rabatt 15%**

Auf grosse Teppiche in Axminster, Velours und Tapestry sowie auf Cocos-, Jute-, Wolle-, Velours-, Tapestry-Läuferstoffe.

**Zugvorrichtungen**  
für Gardinen verzinkt, mit sämtl. Zutaten bis 160 cm verstellbar 95 Pfg. bis 290 cm verstellbar 1.35 Mk.

**Galeriestangen** und **Eisenhohlstangen,** verzinkt, bis 280 Mtr. lang.

**Portierenstangen** mit Ringen, bis 800 cm lang.

**Messingstangen.**

# Geschwister Knopf.

**Arbeiter-Diskussionsklub.**  
Dienstag d. 24. März, abends halb 9 Uhr pünktl. Beginnend, im großen Saale des Gemeindehauses, Wüchlerstrasse 20

**XXI. Vortrags-Abend.**  
Lichtbildervortrag  
Thema: Griechische Bildwerke  
Redner: Herr Professor Dr. Max Wingenroth.  
Eintritt für Nichtmitglieder 10 Pfennig, für Mitglieder frei (gegen Vorzeigen der Mitgliedskarte). 1267

**Freiburg**  
Täglich abends 8 Uhr  
**Colosseum = 6 Favorites =**  
bestes Damen-Verwandlungs-Ensemble.  
**Martinstor Marquis Cogo**  
japanischer Armees-Herules.  
Ferner noch 1262  
**= 8 Atraktionen. =**  
Kassa 7½ Uhr. Vormerz. Colosseumskasse 11—12½ Uhr.

**An die Parteigenossen von Freiburg.**  
Wir richten an alle Genossen, welche Bücher aus der Parteibibliothek schon länger als drei Wochen im Besitz haben, das dringende Eruchen, dieselben beim Gen. Engler, Moltkestr. 30, abzuliefern, damit wir nicht notwendig haben, dieselben selbst abzuholen. Die Ablieferung ist nötig, um eine Neuordnung durchzuführen. 1264

Der Vorstand.  
Ich bitte alle Genossen, die von mir Bücher oder Broschüren entliehen haben, dieselben umgehend zurückzugeben.  
B. Engler, Moltkestr. 30.

**Schulranzen**  
für Mädchen und Knaben, in allen Preislagen, nur eigenes Fabrikat, sowie sämtliche Messerartikel u. Lederwaren empfiehlt 988  
M. Oswald, Schützenstr. 42.

**Ungeziefer!**  
Desinfektionspräparate en gros und en detail geben wir an jedermann zur Selbstüberlegung ab und zwar gegen Ratten "Rattolin" Dose 1 M., Mäuse "Mausolin" Dose 1 M., Schwaben "Schwabolin" D. 80 s, Rissen "Rissolin" Dose 80 s, Wanzen "Wanzolin" Fl. 150gr 80 s, Motten "Mottolin" Fl. 150gr 80 s

**Erste badische Versicherung gegen Ungeziefer**  
Lütgens & Springer, Inh.: Anton Springer, Marktgrafenstr. 52, Telefon 2840.  
Fabrik u. Versandhaus chem. Desinfektionspräparate für rabitale Ungeziefer-Ausrötung. 987

**Spanische und franz. Rotweine**  
garantiert rein und hochfein im Geschmack das ¼ von 15 Pfg. an zu haben bei  
**Theodor Möhrmann, Durlach,** Hauptstrasse 50. 1218

Sehr gut erhaltene zweischläfrige Bettstelle mit Holz-Matratze und Polster 25 M. Sofa 10 M., fast neuer rot. Divan 28 M., Stürlig. Kleiderstau 18 M., bessere Stühle, Vertiko, fast neuer Zimmertisch mit Eisenplatte 18 M., Sportwagen. 1265

**Dirschstrasse 1 part.**  
**Mädchen,** jung, kräft. Nähhilfs, ob all. stehende all. Frau f. d. gg. Tg. sof. gesucht. In melden bei B. Fälscher, Schwabenstr. 3, 2.

**Strikarbeit** wird gut u. bill. angef. u. Fran Fr. Laubscher, Weingarten.

**Holz**  
zum Anfeuern, in verschiedenen Sorten, durchaus trocken. Bestm. Mtr. 1.50, bei 5 Str. Mtr. 1.40 frei ins Haus.  
Bündelholz für Wiederherkäufer fortwährend zu haben.  
**Friedrich Reich**  
Karl-Wilhelmstrasse 66.

Nr. Ausgabe Abonnem 75 Pfg. u abgeholt, u Mtr. 2.10, b

Euch dr

Sozial

In Lu teitages, n Karlsruhe März tage sden Orts Karl Bahn Mitglieder den beitim In der am desvorhand storrespon standes be tages, mit funktionär sdriften, E Heinrich S M a n Der Lan

Heim

Das S bezahlten i Jahren di Mittel zu aufralijche Reform. in der Ein von Minin Titel zweca liberalen U bracht und Mehrheit i folgenden

Eine V aufstände un die in gewi find: Schne

1. Im für die gen in den vom treten folle
2. Der ämter auf e er darum o wenbigkeit überzeugt.
3. Ein lohn festauf bestimmten foll.
1. Die werbe und einem Gev treten, verke die entwerde den Industrie
2. Wirt Staatssetre zugen, ob d
1. Ein Anzahl von sechs und r Staatssetre
2. Eine eingeschlof andere Hälf
3. Der den. Rähf nötigen Wit
4. Der halb 14 Tag erennt der
1. Die Jahren, je lauf der Lot
2. Der nach vierwö Radwahl n